

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

**Erscheinens- und Bezugspreis**  
 Vierteljahr 1.50 RM.  
 ohne Postgebühren. Nur Post-  
 bezug. Bestellung bei allen Post-  
 ämtern. Geschäftsstelle Berlin S. 69,  
 Urbanstr. 63 I. Fernr.: Wgbl. 8653.

**Abgabepreis**  
 die vierzehntägige Beilage 80 Pf.;  
 für Verbandsmitglieder 60 Pf.;  
 Stellenangebote 80 Pf.; Beram-  
 lungsbearbeitungen 100 Pf. Der An-  
 gebotspreis ist vorher zu entrichten.

Nr. 23.

Berlin, den 1. Juni 1919.

35. Jahrgang.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 23. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im Voraus zu entrichten.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Für eine Erhebung über die Durchführung des Achtstundentages, die auf Beschluß einer Konferenz der Vorstände der Zentralverbände durch die Generalkommission veranlaßt ist, sind in diesen Tagen an alle Bevollmächtigten der Zahlstellen und Gauen die Fragebogen sowie ein informatives Zirkular über den Zweck dieser Erhebung versandt worden. Wir ersuchen die Bevollmächtigten, dafür besorgt zu sein, daß die Ausfüllung der Fragebogen in der sorgfältigsten Weise erfolgt und diese dann schnellstens, spätestens aber bis zum 21. Juni, an uns eingesandt werden.

2. Die Berichtskarten für das Statistische Reichsamt (graue Karten) sind in der abgelieferten Woche an die Kassierer der Gauen und Zahlstellen versandt worden. Als Stichtag für die Zählung der Arbeitslosen kommt für diesen Monat der 31. Mai in Betracht.

Für die richtige Beantwortung der in den Berichtskarten gestellten Fragen ist im „Handbuch für die Bevollmächtigten“, auf Seite 226-237, eine ausführliche Erläuterung gegeben, welche wir allen damit beauftragten Funktionären, besonders aber den in den neugegründeten Zahlstellen tätigen Kassierern, zur genaueren Beachtung empfehlen.

Die Feststellungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit sind in den jetzigen bewegten Zeiten von besonderer Bedeutung und werden daher vom Statistischen Amt in der bisherigen Weise fortgeführt. Mit Rücksicht darauf, daß durch die zurzeit bestehenden schwierigen Verkehrsverhältnisse die Beförderung der Postfächer sehr verzögert wird, ersuchen wir die Verwaltungen der Zahlstellen, dafür besorgt zu sein, daß die ausgefüllten Berichtskarten sofort an uns eingesandt werden. Diese müssen spätestens am 5. Juni bei uns eingetroffen sein.

3. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten mit unserer Zustimmung neu geregelt und betragen nunmehr in

	Männl. Mitgl. pro Woche	Weibl. Mitgl. pro Woche
Dresden	20 Pf.	10 Pf.
Ebersbach-Neugersdorf	10 "	10 "
Langensalza	10 "	5 "
Wesel	5 "	5 "
Der Verbandsvorstand.		

## Unser Verbandstag.

Nach den Bestimmungen unseres Verbandsstatuts müssen die zum Verbandstag gestellten Anträge in der nächsten Nummer unserer „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlicht werden. Zu gleicher Zeit wird die Wahlkreiseinteilung zur Delegiertenwahl und auch die vorläufige Tagesordnung bekanntgegeben werden. Die endgültige Festsetzung der letzteren ist Sache des Verbandstages selbst. In der Regel bestmöglicherweise vorangelegte Provisorium, da der Arbeiter desselben, die Verbandsleitung, am besten darüber orientiert sein muß, was infolge seiner Wichtigkeit der Beratung durch die höchste Instanz unseres Verbandes zu unterliegen hat. Dabei ist die Dauer der Verhandlungen — sechs Tage — der beschränkende Faktor. Es ist trotz aller Vorkehrungen bei der Aufstellung der Tagesordnung noch auf jedem Verbandstag so gewesen, daß ein Teil der zu erledigenden Arbeiten im Schnellzugstempo und mit dem Keifloffer in der Hand durchgepeitscht werden mußte, eine Wechsellage, die sich meistens als nicht glücklich zeigte. Auch das Ablesen einzelner Punkte von einer überlasteten Tagesordnung ist eine unangenehme Sache, namentlich für den, dem die spezielle Bearbeitung dieses Punktes übertragen wurde, da alle der Vorarbeit gewidmete Zeit unnütz verfliehet. Bei der chronischen Überlastung der mit solchen Arbeiten betrauten Personen ist das kein gesunder Zustand.

Ein gewerkschaftlicher Verbandstag dient vorwiegend der Erledigung der Aufgaben, die das Interessengebiet der eigenen Organisation berühren. Dazu zählen auch die allgemeinen gewerkschaftlichen Fragen — da an diesen ja jeder Verband interessiert ist — die man mit Gewerkschaftspolitik und -taktik bezeichnet. Solche Fragen müssen — eins schließt sich nicht für alle — immer in Verbindung mit den Erfordernissen des eigenen Verbandes behandelt werden, da die einzelnen Berufsverhältnisse nie die gleichen sind. Auch auf unserm Verbandstag überwiegen die innerorganisatorischen Angelegenheiten. Zunächst müssen die üblichen Geschäftsberichte der verantwortlichen Organe unseres Verbandes vorgelegt werden: des Vorstandes, des Kassierers, des Redakteurs und des Vorsitzenden vom Verbandsauschuss. Diese Berichte werden vor dem Verbandstag schriftlich niedergelegt und den gewählten Vertretern unserer Kollegenschaft so rechtzeitig zugestellt, daß diese noch vor dem Zusammentritt des Verbandstages Zeit zum Studium derselben haben. Die schriftliche Berichterstattung bedeutet Zeitgewinn, der gerade diesmal besonders notwendig ist wegen der voraussichtlich hochgespannten Neulust unserer Delegierten. Die Diskussion in unserer „Buchbinder-Zeitung“ gibt einen Vorgeschmack davon.

Nach Erledigung der Geschäftsberichte wird sich der Verbandstag mit der Stellung der Gewerkschaften nach der Revolution, mit dem Ratesystem und mit den künftigen gewerkschaftlichen Aufgaben beschäftigen. Diese Fassung zeigt, daß in diesem Punkt die Form der Anteilnahme unseres Verbandes an der allgemeinen Gewerkschaftspolitik und Taktik der Erörterung und Beschlußfassung unterliegen soll. Dem Referenten zu diesem Thema bietet sich Gelegenheit zu großzügigster Darlegung gewerkschaftlichen Wirkens in der jüngsten Vergangenheit, der Gegenwart

und der Zukunft. Es lag nahe, das weitausholende Thema zu zerlegen und mehrere Referate erstatten zu lassen. Das Ineinandergreifen der einzelnen Fragen, die hierbei der Erörterung unterliegen, macht das unmöglich, da sich sowohl die Referate als auch die Debatten durch nicht zu vermeidende Wiederholungen auszeichnen würden. Eine sachliche Diskussion sollte dafür sorgen, daß dieser Teil der Arbeiten unseres Verbandstages zum Höhepunkt desselben wird, sie sollte auch zeigen, daß unsere geistig regsame Kollegenschaft den Aufgaben der kommenden Tage voll gewachsen ist.

Dann wird ein Rückblick gehalten werden müssen auf unsere Lohnbewegungen seit dem letzten Verbandstag. Die dabei zutage getretenen Erscheinungen sind unter die kritische Lupe zu nehmen und auszusprechen, was gut oder böse an ihnen ist. Die Führung von Lohnbewegungen, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und -verhältnisse unserer Mitglieder ist ja die Zweckbestimmung unseres Verbandes, das A und O seiner Tätigkeit. Sein erfolgreiches Wirken auf diesem Gebiete überall da, wo sich unsere Berufsangehörigen ihm angeschlossen haben, gibt seinem Charakter als Kampfsorganisation das beste Zeugnis. Daneben wird natürlich auch über unsere kommenden Kämpfe geredet und die Mittel und Wege aufgezeichnet werden müssen, die als die erfolgversprechendsten erkannt werden. Die Revolution hat einen Teil unserer grundsätzlichen Forderungen verwirklicht. Darum heißt es jetzt, neue festzusetzen und unser Arbeiten auf den Kampf um diese einzustellen. Neue Ziele — neue Wege! Daß dieser Punkt der Tagesordnung nicht vor der breitesten Öffentlichkeit verhandelt werden kann, unterliegt keinem Zweifel. Die geschlossene Sitzung hierbei dürfte manchem Delegierten veranlassen, das frei von der Leber weg zu reden, was er im andern Falle tief im Busen verborgen gehalten haben würde.

Arbeit für kommende Zeit ist die Behandlung unserer Beitrags- und Unterstützungseinrichtungen. Nichts ist notwendiger als die Sicherstellung der Schlagfertigkeit unseres Verbandes. Die absolute Unsicherheit im Wirtschaftsleben läßt das doppelt geboten erscheinen, obgleich das auch wieder ein Grund zur Vorsicht sein muß. Gerade bei der Behandlung dieses Punktes wird sich zeigen, daß die noch immer vollständig undurchdringliche wirtschaftliche Lage Deutschlands oft ein Hindernisgrund sein wird, da auszubauen, wo es nach den Erfahrungen der letzten Jahre am notwendigsten sein sollte. Das allerdings kann heute schon gesagt werden, daß sich unser großes Finanzwesen in Rücksicht auf den außerordentlich tiefen Stand des Geldmarktes diesem etwas anzupassen hat. Eine Erhöhung der Beiträge und ein gewisser organischer Ausbau unserer Unterstützungseinrichtungen ist notwendig. Aus den vorliegenden Anträgen wird unsere auf dem letzten Verbandstag gewählte Eiferkommission versuchen, eine einheitliche Vorlage zusammenzustellen und dem Verbandstag zu unterbreiten. Nicht nur, daß dadurch die Debatten etwas abgeflacht werden, vor allen Dingen wird bewirkt, daß die Beitrags- und Unterstützungsfragen immer in einem gewissen Zusammenhang und Gleichmaß bleiben.

Nachdem werden dann die gestellten Anträge einer Beratung und Beschlußfassung unterliegen, soweit sie nicht schon durch die vorhergehenden Punkte

der Tagesordnung erledigt worden sind. Die Ausbeute aus den vorliegenden Anträgen scheint nicht gering zu werden und ihrer Menge nach zum mindesten dem beim letzten Verbandstage vorgelegenen Quantum gleichzukommen. Auch hier wird jedoch die unsichere wirtschaftliche Lage einen bestimmenden Einfluß ausüben müssen. Dieser schürfenden Mitglieder wird das verständlich sein, denn nichts lockt weniger, ins Dunkle zu tappen, als die gegebene Situation auf fast allen Gebieten.

Dann wird der Verbandstag noch einen Bericht vom Gewerkschafts-Kongress hören und die Mahlen der Verbandsführer, der Verbandsleitung usw. vornehmen, und zum Schluß noch alles dazu beratscheln, was sonst während seiner Verhandlungen nicht erledigt wurde. Aus dieser kurzen Skizzierung der Aufgaben unseres Verbandstages zeigt sich, daß er sich voraussichtlich eine weisse Wäsche von Anfang an auflegen müssen, wenn er all das zur ordnungsgemäßen Erledigung bringen soll, was ihm zugeteilt ist. Unserer Delegierten harzt keine leichte Aufgabe. Mögen ihre Arbeiten zum Besten unseres Verbandes und seiner Mitglieder sein.

### Der Schiedspruch für das Buchdruckgewerbe.

Zur Beilegung der Streitigkeiten im Buchdruckgewerbe hat der diesen Zweck einberufene Schlichtungsausschuß folgenden Schiedspruch gefaßt:

1. Der Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit wird abgelehnt, und zwar mit Rücksicht auf den bestehenden Tarifvertrag. Aufgabe der Parteien wird es daher sein, nach Ablauf des Tarifvertrages hierüber in Erörterungen einzutreten.
2. Alljährlich in den Monaten Mai bis Oktober hat jeder Gehilfe unter Fortzahlung des Lohnes Anspruch auf einen Erholungsurlaub, dessen Dauer sich nach der Beschäftigungszeit im Betriebe richtet. Zu gewähren sind: bei einer Beschäftigung von 9 Monaten im Betriebe 5 Tage, für jedes weitere Beschäftigungsjahr steigt der Urlaub um je einen Tag bis zur Höchstgrenze von 16 Tagen.
3. Sonn- und Festtage werden hierbei nicht mitgerechnet. Militärische Dienstzeit zählt als Beschäftigungszeit, falls der Gehilfe vor dieser Dienstzeit bereits bei der Firma beschäftigt war. Die Reihenfolge für den Urlaubsantritt bestimmt die Geschäftsleitung; bei Meinungsverschiedenheiten sind die Vertrauensleute zu hören. Den Wünschen der einzelnen Gehilfen ist nach Möglichkeit Rechnung zu tragen; Auslosung ist zulässig. Für Berechnung kommt der Durchschnittslohn in Betracht. Bei unrechtmäßiger Entlassung vor Antritt des Urlaubs hat auf Antrag das Schiedsgericht über eventuelle Urlaubsentschädigung zu entscheiden. Der Urlaub ist im Falle einer Entlassung ohne weiteres zu bezahlen, wenn sie innerhalb 8 Wochen vor Antritt des Urlaubs erfolgt und der Entlassene mindestens ein Jahr am Betriebe tätig gewesen ist.
4. Die Teuerungszulagen betragen wöchentlich: in Oxyen mit Lohlaufschlägen bis zu 5 Proz. 15 Mk., über 5 bis 10 Proz. 18 Mk., über 10 Proz. 20 Mk. Die in den letzten Wochen gewährten laufenden Sonderzulagen sind auf die neuen Teuerungszulagen anzurechnen. Bestehen sie aus einer einmaligen Zuwendung, so dürfen sie nur in Höhe von höchstens einem Drittel in kleinen Malen verteilt angerechnet werden. Soweit heute schon bessere Arbeitsbedingungen bestehen, werden sie durch den vorliegenden Schiedspruch nicht berührt und müssen beibehalten werden. Der Beginn der Teuerungszulagen wird auf Montag, den 5. Mai 1919, festgesetzt.

5. Die Dauer dieses Abkommens erstreckt sich bis zum 31. August 1919.

Die Redaktion des „Korrespondent“ bemerkt zu diesem Schiedspruch, daß er mit der Veröffentlichung noch keine Machtskraft erlangt habe. Der Schlichtungsausschuß des Reichsarbeitsamtes habe für die Annahme oder Ablehnung beiden Parteien eine Frist von drei Tagen zur Erklärung gelassen. Diese Frist ist am 24. Mai abgelaufen. Beim Abschluß dieser Nummer ist noch nicht bekannt, ob der Schiedspruch Machtskraft erlangt hat.

### Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 13. und 14. Mai fand in Berlin eine Vorstandskonferenz der Gewerkschaften statt. Über die uns folgender Bericht zugefickt wird:

Eingeleitet gab Legien einen Bericht über die gegenwärtige Situation angesichts des von der Entente uns angebotenen Friedensvertrags, der an Schwere alles übertrifft, was das deutsche Volk während des Krieges durchleben mußte. Aus Neuerscheinungen französischer Arbeiterblätter legt er dar, daß man dem deutschen Volke eine 50jährige Sklaverei für die Ententestaaten auferlegen will, um die Verbände seiner früheren Machthaber zu bezahlen. Von den durch die internationalen Konferenzen in Leeds und Bern aufgestellten Arbeiterforderungen sehe nichts im Friedensvertrag. Vielmehr solle erst eine Konferenz im Oktober d. J. in Washington, auf der der Arbeiterklasse nur ein Viertel der Vertretung zugehen soll, mit Zweidrittelmehrheit darüber entscheiden, was an Arbeiterklub in den Völkerverbund aufgenommen werden soll. Dazu sehe der künftige Völkerverbund nur 2 Gruppen von Mitgliedern vor, die Gründungsmitglieder sowie die später einzuladenden Mitglieder. Zu beiden Gruppen sei Deutschland nicht zugelassen, sondern es könne höchstens später durch einen Zweidrittelmehrheitsbeschluß zugelassen werden. Legien hat deshalb einen Aufruf an die Arbeiter aller Länder vorbereitet, der durch Funktelegraphie verbreitet werden soll. (Siehe Nr. 22 der „Buchbinder-Zeitung“.) Weiter gab Legien den Wortlaut des Memorandums der deutschen Friedensdelegation zur Frage des internationalen Arbeiterrechts zur Kenntnis. Erlange der Friedensvertrag Geltung, dann seien auch die Erwerbslosen der deutschen Revolution in Gefahr. Die Konferenz beschloß, einen Aufruf an die organisierte Arbeiterklasse aller Länder zu richten und wählte eine Redaktionskommission zu dessen Ausarbeitung.

In Sachen des Grenzstreits zwischen den Verbänden der Porzellanarbeiter und Fabrikarbeiter berichtet namens der hierzu eingesetzten Prüfungskommission Drunzel. Der Streit entstand daraus, daß den Fabrikarbeitern in zwei Fällen Streikbruch vorgeworfen worden sei. Der Vorstand des Porzellanarbeiterverbandes war bereit, diese Vorwürfe zurückzunehmen, wenn der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes den gegen den Vorstand des Porzellanarbeiterverbandes erhobenen Vorwurf der Entstellung, Verdrängung und Verdrängung ebenfalls zurücknehme. Die Kommission empfiehlt, daß beide Verbände diese zurückzunehmenden Erklärungen abgeben, damit die noch vorhandenen Grenzstreitigkeiten durch gemeinsame Verhandlungen geregelt werden können. Der Vertreter der Porzellanarbeiter ist dazu sofort bereit, der Vertreter der Fabrikarbeiter will in seinem Vorstand für die Befolgung des Kommissionsbeschlusses hinarbeiten. Nach längerer Aussprache beschloß die Konferenz, dem Bericht der Kommission zustimmend, daß die beiderseitigen Verleumdungen kein Hindernis seien, die streitigen Grenzfragen durch ein Schiedsgericht zu erledigen. Die Konferenz fordert daher die beiden Verbandsvorstände auf, innerhalb vier Wochen ihre Vertreter für ein Schiedsgericht zu wählen.

Einschließlich der Regelung des Lehrlingswesens schlägt Sassenbach für jedes Gewerbe paritätische Zentralkommissionen vor, die über Zahl der Lehrlinge, Art der Ausbildung, Arbeitszeit, Dauer der Lehrzeit usw. Bestimmungen auszuarbeiten haben. Ferner möchten für jeden Stadt- und Landkreis paritätische Bezirkskommissionen eingesetzt werden, die die Durchführung der Vorschriften überwachen sowie darüber entscheiden, welche Arbeitgeber Lehrlinge halten dürfen. Die Dauer der Lehrzeit soll im allgemeinen drei Jahre nicht übersteigen, müsse sich aber nach den Bedürfnissen des Gewerbes richten. Die systematische Ausbildung der Lehrlinge müsse durch Lehrpläne geregelt und deren Durchführung durch Zwischenprüfungen überwacht werden. Bei ungenügender Ausbildung müssen die Lehrlinge in einem anderen Betrieb auf Kosten des bisherigen Lehrmeisters oder des Gesamtgewerbes untergebracht werden. Heimarbeitern ist die Ausbildung der Lehrlinge grundsätzlich zu verweigern. Der Fach- und Fortbildungsschulunterricht müsse in die übliche Arbeitsdauer fallen. Die Zentralkommissionen haben auch ein einheitliches Kopfgeld festzusetzen. Auch die Großindustrie müsse verpflichtet werden, Lehrstellen in ihren Betrieben einzurichten. Lehrwerkstätten seien nur im Anschluß an praktische Betriebe einzurichten. Durch Sammellehrwerkstätten könne die Werkstattlehre der Kleinbetriebe ergänzt und besonders begabten jungen Leuten Gelegenheit zur Weiterbildung geboten werden. Ferner seien geeignete Maßnahmen für Prüfung der Berufseignung sowie für Berufsberatung zu treffen, woran sich die Lehrstellenvermittlung an-

zuschließen habe. Die Frage der weiblichen Lehrlinge sei durch die Zentralkommissionen zu regeln. Den jungen ungelerten Arbeitern sei Gelegenheit zu fachtechnischer Ausbildung zu geben. In der Aussprache wurde auf die tarifliche Regelung des Lehrlingswesens hingewiesen und weiterhin verlangt, daß die gesetzlichen Bestimmungen über das Lehrlingswesen geändert werden durch Ausschaltung der Handwerkskammern und Innungen und Übertragung der Lehrlingsergiehung auf die Organisation der Arbeitgeber und Arbeiter.

Ueber die Veranstaltung gewerkschaftlicher Unterrichtskurse referierte Umbeitt, daß das gewaltige Wachstum der Gewerkschaften die Veranstaltung einer breiten Mittelschicht von Gewerkschaftsvertretern, vor allem in den Betrieben notwendig mache, die imstande sind, den großen Aufgaben der Gewerkschaften in Bezug auf Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, Arbeitsgemeinschaft, Betriebsdemokratie und Arbeitervertretung sowie Vorbereitung der Sozialisierung zu genügen. Diese Kurse sollen in den Bezirken, und zwar zunächst in den Groß- und Mittelstädten über 50 000 Einwohner veranstaltet werden, wovon nur eine Woche in der Woche dauern. Als Unterrichtsgegenstände sind in Aussicht zu nehmen: Tarif- und Schlichtungswesen, Arbeitervertretung und gewerkschaftliche Gewerkschaften und Angestelltenverbände. Als Lehrer kommen die Gauleiter, Arbeitervertreter und Teilnehmer früherer Unterrichtskurse in Frage. In der Aussprache wird an die Notwendigkeit von Kursen für Sozialisierung und öffentliche Verwaltung hingewiesen. Die Konferenz stimmte den Vorschlägen zu und ersuchte die Zentralkommission, bis zur nächsten Konferenz über die Kostenregelung Vorschläge zu machen.

Das Reichswirtschaftsministerium teilt der Zentralkommission mit, daß für die Karten der Reichsarbeitslosenstatistik die Protokolle vom Reich gedeckt werden sollen. Mit dem Reichsstatistischen Amt soll über eine Vereinfachung dieser Statistik und über Verlängerung der Berichtstermine verhandelt werden.

Die von der letzten Konferenz beschlossene Herausgabe der Verhandlungen über die Arbeiterräte als Agitationschrift soll den Verbänden in gewünschter Zahl zur Verfügung gestellt werden, ebenso die Protokolle der Vorstandskonferenzen, die während des Krieges stattgefunden haben.

Eine Resolution des Holzarbeiterverbandes, die eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise fordert, gab dem Reichsernährungsminister Schmidt Anlaß, zu erklären, daß in absehbarer Zeit an eine Herabsetzung der Höchstpreise der wichtigsten Lebensmittel gar nicht zu denken, sondern im Gegenteil mit weiteren Erhöhungen zu rechnen sei, da die Produktionskosten gestiegen seien. Erst wenn die letzteren sinken oder wenn ein starkes Angebot von auswärtigen Lebensmitteln zu erwarten sei, könne eine Herabsetzung der Höchstpreise in Frage kommen. Die hohen Schleichhandelspreise könnten dagegen durch bessere Organisation der Lebensmittelversorgung auf dem Lande bekämpft werden. Leider haben die Landarbeiter und Bauernräte dabei völlig versagt und seien zu einem großen Teil sogar Träger des Schleichhandels geworden. Es müsse daher der ländliche Beamtenapparat reorganisiert und durch städtische Arbeiterräte die Kontrolle auf dem Lande ersetzt werden. Der Minister hofft, daß wir mit den Betriebsräten bis zur neuen Ernte auskommen und die Brotration aufrechterhalten können. Schlichter sehe es mit Kartoffeln und Fleisch aus. Kartoffeln seien vom Ausland zu sehr hohen Preisen (50 Mk. pro Zentner) zu bekommen. Das Reich will Zuschüsse leisten, um der Gemeinde Kartoffeln zu ertrocknenen Preisen zur Verfügung zu stellen. Hinsichtlich der Fleischversorgung könne für die nächste Zeit keine Sicherheit für die Befreiung der bisherigen Nationen übernommen werden, da rücksichtslose Eingriffe in die Viehhaltung nicht bloß den Widerspruch, sondern auch den Widerstand der Landbevölkerung hervorrufen würde. Die Einfuhr fremder Lebensmittel sei nur möglich durch Erhöhung unserer Ausfuhr. Es sind deshalb wesentliche Ausfuhrerleichterungen für industrielle Erzeugnisse in Aussicht genommen. Es sind bereits namhafte Abchlüsse für Lebensmittel erzielt, die indes, auf 50 Millionen Versorgungsberechtigte verteilt, recht geringe Quantitäten ergeben. In erster Linie sollen die Bergarbeiter und Industriebezirke sowie die Großstädte mit fremden Lebensmitteln versorgt werden. Bei der Einfuhr soll die Zentralisation durch stärkere Beteiligung des freien Handels ersetzt werden. In der Aussprache war Beipart der Überzeugung, daß der Schleichhandel wirksamer bekämpft werden könne, wenn der Käufer nicht selbst strafbar gemacht werde. Im übrigen wurde über sehr ungeliebte Erlassung des Viehes und über große Kartoffelbörse in manden Dörfern berichtet. Der Reichsernährungsminister erwiderte, daß nach der gegenwärtigen Sachlage der Käufer nicht strafbar sei. Leider unterläßt das Publikum trotzdem die Bekämpfung noch viel zu



wenig. Die Konferenz faßt das Ergebnis der Aussprache in der Entscheidung zusammen, daß sie von der Regierung sofort jährliche Maßnahmen gegen Preiswucher und Schleichhandel fordert, weil diese die Ursache seien, daß die Arbeiterklasse immer höhere Lohnforderungen stellen müsse.

Gegen die in der Vorstandskonferenz vom 1. April d. J. beschlossenen Änderungen in den „Gewerkschaftlichen Grundzügen“ haben die Zentralen der christlichen Gewerkschaften und O.-D. Gewerkschaften Einspruch erhoben. Die Konferenz beauftragt die Generalkommission, diese Grundzüge in Vereinbarung mit diesen Gewerkschaftsrichtungen zur Erledigung zu bringen.

Die Konferenz ging dann zur Beratung des Entwurfs der Satzungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes über. Als Berichterstatter des Verfassungsausschusses berichtete Leipart, daß der Name „Deutscher Gewerkschaftsbund“ schon 1886 auf dem Berliner Kongress vorgeschlagen, aber aus Zweckmäßigkeitsgründen die Gründung eines Bundes verlag worden sei. Die Konferenz beschloß, dem Bund den Namen zu geben: „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“. Die Einleitung zu den Satzungen erklärt, daß eine Gewerkschaft ihre Aufgaben nur erfüllen kann, wenn sie sich als Zentralisation eines Berufs oder einer Industriebranche über das ganze Land ausdehnt. Ein Antrag der Vorstände der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Eisenbahner auf Streichung der Worte „eines Berufs oder einer Industriebranche“ wird gegen sechs Stimmen abgelehnt. Im übrigen wird der vorgelegte Satzungsentwurf ohne wesentliche Änderungen angenommen.

Der Gewerkschaftskongress in Nürnberg beginnt am 30. Juni. Vor dem Kongress soll eine Konferenz der Arbeitsekretäre am 27. Juni und die nächste Vorstandskonferenz am 28. Juni in Nürnberg stattfinden.

Am Schlusse der Konferenz verbreitete sich der Vorlesende des Deutschen Landarbeiterverbandes, G. Schmidt, über die Gesichtspunkte, nach denen in der nächsten Zeit die Landwirtschaft zu behandeln ist, wobei er sich gegen eine Festschlagung des Großbetriebes und allzu weitgehende Förderung der Kleinwirtschaft ausspricht. Insbesondere warnt er vor Ueberschätzung der Siedlungsreformen. Auch vor genossenschaftlicher Bewirtschaftung der Landgüter sei zu warnen, während das Genossenschaftswesen beim Ein- und Verkauf von Bedarfsartikeln und Erzeugnissen große Dienste leisten könne. Der Zwischenhandel sei nach Möglichkeit auszuschalten. Ein allzu scharfer Eingriff in die Landwirtschaft durch Sozialisierung sei in den nächsten Jahren kaum zu empfehlen, dagegen müsse vieles zur Hebung der Landwirtschaft geschehen, was ebenfalls Eingriffe in die Landwirtschaft erfordere. Die Konferenz war der Meinung, diese Fragen durch den Redner auf dem Gewerkschaftskongress an geeigneter Stelle behandeln zu lassen.

### Die Stellung der deutschen Gewerkschaften im sozialistisch-demokratischen Volksstaat.

(Schluß)

Wir können auch hieraus wieder lernen, daß der Bildungsgang der Gewerkschaften nicht nur auf den Kampf zwischen Kapital und Arbeit eingestellt werden darf, sondern daß es unumgänglich notwendig ist, den Bildungsgang mehr wie bisher auf die Produktion, Volkswirtschaft und Volkswirtschaftslehre auszuweiten. Schon deshalb, weil aus den Gewerkschaften die in Aussicht genommenen Betriebs- und Arbeiterräte hervorgehen sollen. Diese müssen aus kenntnisreichen Mitgliedern der Gewerkschaftsorganisationen bestehen. Wir werden uns deshalb mehr mit der Fachlehre und Berufsbildung, mit der Qualifikation, der Materialkunde, mit der Leitung der Kontrolle der Betriebe befassen müssen. Einige unserer Gewerkschaften sind ja schon seit einigen Jahren auf diesem Gebiete anerkannt tätig, wie z. B. die Buchdrucker in ihrem „Typographischen Gesellschaften“, dann die Lithographen und Steindruckere, ferner die Steinsetzer, welche nicht nur theoretischen, sondern auch praktischen Unterricht für Gesellen und Lehrlinge erteilen. Je rationeller wir die Produktion in den Betrieben fördern und gestalten wollen — und das muß im Interesse eines sozialistisch-kommunalen Gemein- und Produktionswesens vorausgesetzt werden — um so tüchtigere Arbeitskräfte müssen von den Gewerkschaften für die Betriebs- und Arbeiterräte aller Berufsstände herangebildet werden. Denn die Betriebs- und Arbeiterräte werden nicht allein ihren Betrieben als Vertrauensleute ihrer Gewerkschaften, sondern auch in der Wirtschaftswirtschaft und Arbeitskammer tätig sein und mit den Verbandsvorständen ihrer Organisationen in steter Fühlung bleiben müssen. Kurzum, sie werden in allen einschneidenden Kenntnissen ihres Berufs eingeweiht sein müssen. Vorbildlich

ist bekanntlich die preussische Regierung in dieser Richtung vorgegangen, indem sie bereits 30 Gewerkschaften resp. Inspektoren für ebensovielen Bezirke in ihr Jahresbudget eingestellt hat.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse werden in Zukunft am besten für alle Industrien und Berufe in den aus den Betriebs- und Arbeiterräten zusammengesetzten Wirtschaftswirtschaft resp. Arbeitskammern geregelt werden, welche bekanntlich aus Arbeitgeber und Arbeitnehmern auf paritätischer Grundlage aufzubauen sind. Diese erhalten wiederum ihr zu bewältigendes Arbeitsprogramm von den zu errichtenden Arbeitsämtern, welchen zugleich die Abteilungen für Arbeitsnachweis anzuschließen wären. Die Arbeitsämter, welche über das ganze Deutsche Reich zentralisiert sein werden, erhalten ihre Anweisungen und Instruktionen von dem zu errichtenden Zentralrat des Reichsarbeitsamts. — Das würde der Grundstein für ein soziales Gebäude sein, auf dessen granitnen Sockeln ein gesundes Wirtschaftswirtschafts- und Produktionssystem erreicht und errichtet werden könnte. Wir dürfen füglich annehmen, daß die Regierung der deutschen Republik den Aufbau zu einem gesunden und rationalen Wirtschaftswirtschafts- und Produktionssystem recht bald in Angriff nehmen wird, um so ruhiger und wirkungsvoller wird sich der moderne Wirtschaftsprozess vollziehen zum Wohle der deutschen Republik.

Wenn Genosse Vernstein neulich in Berlin gegen die Einführung des Räteystems\*) gesprochen und die Ansicht verbreitet hat, daß diese Einrichtung zu einer Verkünderung des Produktionssystems wie zur Zukunft führen würde, so teile ich diese Ansicht nicht. Vernstein verkennt vollständig die Zeitumstände zwischen der Zukunft und unserem heutigen modernen Produktionssystem. Damals bestanden ausschließlich nur Zwerg- und Kleinbetriebe und dennoch hatten die Altgelehrten sehr großen Einfluß auf das damalige Produktionssystem und Wirtschaftssystem. Sie bestimmten die Zahl der Gesellen und der Lehrlinge in jeder Stadt und Gemeinde. Sie regelten dadurch die Produktion in allen Berufen. Sie setzten die Löhne und Arbeitszeit, ja sogar die Feiertage fest. Unsere Betriebs- und Arbeiterräte, wie diese durch die sozialistisch-demokratische Verfassung in Aussicht genommen sind, entsprechen lediglich einer notgedrungenen modernen Form des ganzen Produktionssystem und Wirtschaftswirtschaftslebens. Allerdings werden sich die Betriebs- und Arbeiterräte nur mit dem Wirtschaftswirtschafts-, Produktions- und Verkehrsweisen zu befassen haben. — Die Angelegenheit in der hohen inneren und äußeren Politik liegt wieder auf einem anderen Gebiete, diese werden wie bisher der Nationalversammlung resp. dem später zu wählenden Reichstag vorbehalten bleiben.

Wenn wir nun die ganzen Vorgänge objektiv genug beobachten, so ergibt sich vor selbst, daß sich die bisherigen Entwicklungs- und technischen Betriebsverhältnisse der Gewerkschaften dementsprechend verschieben werden. Die großen Massen haben bereits schon begriffen, daß in einem sozialistischen Gemeinwesen alles organisiert sein muß.\*\*)

Das beweisen uns schon die starken Zustimmungen zu unseren Gewerkschaften. Das finanztechnische Gebaren unserer Gewerkschaftsverbände und alle damit zusammenhängenden Institutionen werden voraussichtlich eine ganz gewaltige Mehrarbeit erfordern. Das Organisationsystem wird sich infolgedessen auf Industrieverbände oder Gruppen aufbauen müssen. Und schließlich werden wir durch die Macht der Entwicklungsverhältnisse der Gewerkschaften dazu übergehen müssen, dieselben kommunal zu verwalten. Schon jetzt drängt sich die Frage auf, ob unsere immer stärker anwachsenden Kapitalien der Gewerkschaften im allgemeinen Interesse der Gesamtarbeiterschaft nicht vorteilhafter und im Interesse unserer allgemeinen National- und Volkswirtschaft angelegt und verwendet werden könnten. Auf dem nächsten Gewerkschaftskongress wird ja endlich ein „Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund“ zustande kommen.

\*) Das Räteystem, welches in der Verfassung der deutschen Republik verankert ist, ist grundverschieden von dem in Rußland, Ungarn und München, welche dem Grundgesetz huldigen: „Alle Macht den Arbeiterräten.“ Wir wissen bereits, daß dieser Irrwahn zur Anarchie und allgemeinem Zusammenbruch führte. Die Arbeiterräte in Deutschland werden nur die allgemeine Produktion, das Wirtschaftswirtschafts- und Verkehrsweisen zu überwachen und zu regeln haben.

\*\*) Wir hatten schon im Mittelalter eine Zeitepoche, zur Zeit der Rünste, wo sämtliche Berufsstände gesetzlich organisiert waren. Nur die „Unschelichen“ waren ausgeschlossen.

Bei dieser Gelegenheit wäre die Frage in Erwägung zu ziehen, ob es nicht im allgemeinen Interesse der deutschen Gewerkschaften und der gesamten organisierten Arbeiterkraft liegen würde, mit der Gründung eines deutschen Gewerkschaftsbundes gleichzeitig die Gründung einer Arbeiterbank ins Leben zu rufen bzw. zu begründen. Der Kapitalumfang der Einnahmen und Ausgaben der deutschen Gewerkschaften ist ein so gewaltiger, daß es sich tatsächlich lohnen würde, ein eigenes Bankinstitut für die gesamten Bankdepots der deutschen Gewerkschaften anzulegen. Die Gesamteinnahmen der gewerkschaftlichen Zentralverbände beliefen sich vor dem Kriege, beispielsweise im Jahre 1913, auf 82 006 580 M. und der Vermögensbestand der freien Gewerkschaften betrug allein im Jahre 1914 51 416 535 M. Die Gesamteinnahmen dürften sich in den nächstfolgenden Jahren auf mehr als 100 Millionen Mark belaufen. Aus diesen gewaltigen Zahlen zeigt sich, daß es im Interesse der organisierten Arbeiter liegen würde, wenn sämtliche Massendepots der Gewerkschaften in einer Zentral- resp. Arbeiterbank konzentriert würden. Während des Krieges haben die Gewerkschaften außerdem nahezu 78 Millionen Mark an Unterstützungen ausgeben. Es liegt ohne weiteres klar auf der Hand, daß, wenn die Kapitalien der Gewerkschaften lediglich im Interesse der organisierten Arbeiterkraft umgesetzt und in Kapitalwerten angelegt würden, weit mehr geleistet werden könnte. Wir könnten z. B. die schon bestehenden Arbeiterunternehmungen bedeutender finanzieren. Wir könnten unsere Kapitalien in Volks- und Gewerkschaftshäusern, Genossenschaften, Konsumvereinen, Bau- und Siedlungsgenossenschaften anlegen, wo sie nicht nur sicher angelegt, sondern eine segensreiche Wirkung auf unsere sozialen Ziele ausüben würden. Vorbildlich auf diesem Gebiet ist die von den schwedischen Arbeiterorganisationen gegründete „Neue Bank“ in Stockholm, die sich einer stetigen Entwicklung erfreut. Die Umsatzzsumme dieser Arbeiterbank betrug im ersten Jahr rund 2 Millionen und ist in den ersten fünf Monaten auf 6,2 Millionen gestiegen. Die bei der Bank deponierten Gelder sind insgesamt von 788 007 Kronen auf 3 977 542 Kronen gestiegen, und zwar in einer verhältnismäßig ganz kurzen Zeit von kaum 1 1/2 Jahren. Die Bank finanziert den Bau von Kleinwohnungen, hat eine Metallwarenfabrik (Arbeiterunternehmen) gründen helfen und neben anderen Volkunternehmungen auch eine Volksversicherungsgesellschaft mit ins Leben gerufen.

Es werden nun manche einwenden, wir haben ja die „Volksfürsorge“ zu diesem Zweck gegründet. Die „Volksfürsorge“ liegt jedoch auf einem ganz anderen Gebiete, sie kommt mehr für die Familienversicherung, Kinderversicherung usw. in Betracht; aus diesem Grunde kann die „Volksfürsorge“ mit der Sozialversicherung der Gewerkschaften nicht verquirit werden, um so mehr, als sich das Finanzgebaren der deutschen Gewerkschaften im neuen Volksstaat riesig entwickeln wird, und schon aus diesem Grunde ein den Entwicklungsverhältnissen der Gewerkschaften entsprechendes Bankinstitut notwendig werden wird. Jedoch würden sich beide Bankinstitute mit getrennter Verwaltung und entsprechender Organisation sehr wohl vereinen lassen, da doch sowohl die „Volksfürsorge“ wie die in Betracht kommende Arbeiterbank im Prinzip die gleichen Zwecke zum Ziel haben würden.

Hamburg. Carl Grimm.

### Der Reichstarif in der Kartonnagenindustrie.

Wenn die Erwartungen der Zentralkommission der Kartonnagenbranche nicht ganz ohne jede Berechtigung sind, dann kann man heute sagen: Der Gedanke des Reichstarifs für die Kartonnagenindustrie ist auf dem Marsch. In Dresden — einem der Hauptorte, wenn nicht der Zentrale der Kartonnagenindustrie — ist ein Lohn- und Akkordtarif abgeschlossen, der sich auf den Entwurf der Zentralkommission aufbaut. Daß dieser Entwurf, der als Grundlage für den Reichstarif gedacht und empfohlen worden ist, jetzt in einem der Hauptorte in seinen wesentlichsten Teilen zur Durchführung kommt, beweist, daß die Arbeit der Zentralkommission eine gute ist und Früchte tragen wird zum Besten der gesamten Kollegenchaft.

Der Reichstarif marschiert! Wenn er aber bald ans Ziel kommen soll, dann ist es erforderlich, daß alle beteiligten Stellen vom Verbandsvorstand an bis zu der Zentralkommission im kleinsten Kartonnagenort ihre Forderungen an das Unternehmertum in dem Sinne erheben, daß der Reichstarif auf der Grundlage des Dresdener Tarifs zur Durchführung kommt. Um diese Forderungen in einheitliche Bahnen zu lenken, soll in diesen Zeilen eine Besprechung des Dresdener Tarifs und der Punkte, die für den Reichstarif in Frage kommen, gegeben sein. Die Forderung der Dresdener Kollegenchaft ist

bekannt durch den dem Reichsstatistik-Bureau vorgelegten Entwurf und dürfte auch schon in einer Reihe von Orten besprochen sein. Der jetzt abgeschlossene Tarif, der wohl auch schon überall vorliegt, weist aber eine Reihe von Änderungen auf. Dabei soll nicht unberücksichtigt bleiben, daß auch beim Reichstaxi eine ganze Anzahl Punkte der örtlichen Regelung vorbehalten bleiben müssen, so daß der Reichstaxi nur ein Mantelvertrag sein kann, in dessen Rahmen die örtlichen Vereinbarungen sich halten müßten.

Zu den Absätzen 1, 2 und 3 ist nichts hinzuzufügen, als daß im Reichstaxi angestrebt werden müßte, die Wochenentlohnung, die immerhin schon eine Verbreitung hat, zu verallgemeinern, was für Dresden nicht gelungen ist. Abs. 4, der die 45stündige Arbeitswoche festlegt — soweit längere Arbeitszeit besteht, darf diese nicht verlängert werden — bedarf einer Änderung in dem Sinne, daß die 45stündige Arbeitswoche reichstaxiartig festgelegt wird. Die Bestimmung, daß außer an Sonnabenden nur an den Tagen vor Weihnachten und Neujahr kürzer gearbeitet wird, läßt eine ziemlich feine Stellungnahme der Dresdener Unternehmer ahnen. Warum kann nicht auch an den Tagen vor den Wochenfeiertagen so wie Sonnabenden gearbeitet werden? Die Übername der Absätze 5, 6, 7 und 8 in dem Mantelvertrag verleiht sich wohl ohne weiteres. Abs. 9, der auf alle Verdienste eine Feuerungszulage von 50 Prozent vorseht, verdient eine besondere Beachtung, weil man bei den Tarifabschlüssen der letzten Zeit fast allgemein dazu übergegangen ist, die Zulagen gleich mit in den festgelegten Lohn oder Afford einzurechnen. Wenn das in Dresden vielleicht wegen des für später erwünschten Abbaues der Löhne nicht geschahen ist, so sollte das kein Grund sein, im Reichstaxi, soweit da überhaupt Löhne festgelegt werden, das gleiche Prinzip zur Geltung zu bringen. Es wird sich vielmehr empfehlen, darauf zu bestehen, daß die Feuerungszulagen wegfallen und dafür die Löhne entsprechend zu erhöhen sind. Abs. 11 müßte im Reichstaxi festlegen, daß, wie es ähnlich schon im Entwurf der Zentralkommission heißt, neben Wochenentlohnung Affordarbeit nur für Tischarbeiter bzw. Arbeiterinnen (Fertigarbeiter) zulässig ist. Alle Maschinenarbeit ist in Lohn auszuführen. Da die Maschinen gewöhnlich schon ein ziemlich rasches Arbeitstempo abgeben, sollte nicht noch der Afford als Anreiz — besonders bei Arbeiterinnen — in Frage kommen. Wenn man weiter auch die Regelung, die Abs. 12 vorseht, ganz der örtlichen Vereinbarung überlassen möchte, die vielleicht höhere Summen herausholt, dann wird es sich doch empfehlen, eine Grenze nach unten festzulegen und zu bestimmen, daß Verdiensterhöhungen mindestens in der vorgeschriebenen Höhe eintreten müssen. Zugewinnen könnte man dabei vielleicht, daß Erhöhungen, die seit einem bestimmten Zeitpunkt erfolgt sind, anerkannt werden können. Ebenfalls in den Mantelvertrag aufzunehmen wäre die Bestimmung, daß örtliche Tarifkommissionen zu bilden sind, wie sie Abs. 14 unter Umschreibung ihrer Aufgaben fordert. Abs. 15 müßte, um eine Übereinstimmung in allen Orten zu erzielen, gleichfalls in den Mantelvertrag kommen. Seine Bedeutung liegt darin, daß er den im Afford Beschäftigten den bisherigen Durchschnittsverdienst bis zur Einführung von Affordtarifen sichert. Trotzdem in Dresden ein Affordtarif für Zigarettenfabrikanten mit zur Annahme gekommen ist, wird die allgemeine Durchführung solcher wohl noch auf sich warten lassen.

Die Forderung „Gleiche Arbeit, gleicher Lohn“, die bei uns, wo die Gebiete der Männer- und Frauenarbeit meist nicht aufeinander zu halten sind, außerst wichtig ist, ist mindestens in der Dresdener Fassung für das Reich zu übernehmen und damit zur Geltung zu bringen, daß selbständige Arbeiterinnen, wenn sie im gleichen Betrieb mit derselben Arbeit beschäftigt sind wie Männer, den gleichen Lohn wie diese erhalten.

Die folgenden Absätze des Dresdener Tarifes, die die Entlohnung regeln, sollen ihrer Wichtigkeit entsprechend hier besondere Beachtung finden. Jetzt, wo die Klassifizierung der Arbeiter und Arbeiterinnen in unseren Betrieben eine ganz willkürliche und in jedem Betrieb eine andere ist, kann es sich nur darum handeln, für den Mantelvertrag Normen zu finden, denen von allen Seiten zugestimmt werden kann, auch wenn sie nicht alle ins einzelne gehenden Wünsche erfüllen. Eine solche Norm scheint der Dresdener Tarif zu bieten, indem er Staffeln festlegt für Lehrlinge und Gehilfen (Tischarbeiter, Zuschneider, selbständige Träger und Presser) und Hilfsarbeiter. Eine weitere Spezialisierung vorzunehmen dürfte sich nicht empfehlen, da sich Streitfälle dann gar nicht mehr vermeiden lassen. Jeder Gehelne zählt als Gehilfe und auch jeder Hilfsarbeiter, wenn er mehr als 4 Jahre im Beruf ist und die Maschinen selbständig einstellt und bedienen kann. Diese Forderung ist voll und ganz berechtigt, denn gerade in der Kartonnagenindustrie ist mit einem großen Teil

ungelesener Leute zu rechnen, die aber dauernd im Beruf bleiben. Ältere Hilfsarbeiter werden ohne weiteres einen höheren Lohn verlangen, als er für solche im Alter bis zu 18 Jahren im Tarif festgelegt ist. Wir haben ja ein nicht unbedeutendes Interesse daran, daß nicht Hilfsarbeiter den Beruf überdeckeln und dadurch die Löhne für die Gelesenen ungewollt drücken. Bei den Arbeiterinnen ist die Staffelnung eine ähnliche in lernende Tischarbeiterinnen, Hilfsarbeiterinnen und geübte, selbständig arbeitende Maschinenarbeiterinnen.

Die weitere Trennung innerhalb dieser Staffeln nach dem Alter bzw. der Berufstätigkeit dürfte weitgehend genug sein und sich auch für die reichstaxiartige Regelung eignen. Wenn für ausgelernte Tischarbeiterinnen keine Lohnstaffeln vorgesehen sind, so ist das wohl gefeiert, weil angenommen wird, daß diese alle in Afford beschäftigt sind und ihnen dabei der Durchschnittsaffordverdienst garantiert ist. Als eine besondere Notwendigkeit ist es zu betrachten, daß den Lehrlingen und den lernenden Tischarbeiterinnen Mindestwochenlöhne zugestanden werden, wie es der Dresdener Tarif vorseht. Ohne eine solche Festlegung der Löhne bleibt das Verhältnis bestehen, daß es in der Kartonnagenbranche wohl viele Lerneende gibt, daß diese aber wegen der schlechten Entlohnung bald wieder in andere Berufe übergehen. Wenn lernende Tischarbeiter oder Arbeiterinnen mit einem älteren Arbeiter in Afford zusammen arbeiten, dann kann nach dem Tarif dem 1. Arbeiter die Hälfte des Wochenlohnes des Lehrlings von dem gemeinsamen Affordverdienst abgezogen werden. Das dürfte voll und ganz berechtigt sein, denn durch den Lehrling wird der Affordverdienst ja höher. In dem Tarif sind nun auch Löhne festgelegt, die für Dresden zur Geltung kommen. Hier zeigt sich aber, daß Dresden darin nicht als Vorbild dienen kann. Für den Mantelvertrag können diese Löhne nicht übernommen werden. Es wird vielmehr notwendig sein, wohl die Staffelnung in den Mantelvertrag zu übernehmen, die Festlegung der Löhne aber selbst vollständig der örtlichen Vereinbarung zu überlassen oder in den Mantelvertrag einige Lohnklassen aufzunehmen, wie es im Reichstaxi für die Textilindustrie der Fall ist. Aber auch hierbei wäre durch örtliche Vereinbarung festzustellen, in welche Lohnklasse ein Ort aufzunehmen ist. Die Regelung dieser Frage würde sich bei den Verhandlungen über den Mantelvertrag und durch die Stellungnahme der Kollegenchaft leicht finden lassen.

Die weiteren Bestimmungen des Dresdener Tarifes, welche alle im Lohn- und Arbeitsverhältnis noch auftauchenden Fragen regeln wollen, dürften sich ohne weiteres zur Übernahme in den Mantelvertrag eignen. Ob das für den „Tarif für Affordarbeiten an Zigarettenfabriken“ ebenfalls zutreffend ist, soll hier nicht entschieden werden. Denkbar wäre es in dem Sinne, daß auf die festgelegten Affordpreise ein gleich hoher Zuschlag kommt, um den die Zeitlöhne höher sind als in Dresden. Wenn sich diese Vereinbarung treffen läßt, dann könnte auch der Affordtarif in den Mantelvertrag aufgenommen werden. Damit wäre dann ein Reichstaxi für Affordarbeit an Zigarettenfabriken geschaffen. Wenn sich diese Vereinbarung aber nicht treffen läßt, dann muß mindestens eine Bestimmung aufgenommen werden, welche besagt, daß bis zu einem bestimmten Zeitpunkt auch Reichs-Affordtarife ausgearbeitet sein müssen.

Diese flüchtige Besprechung des Dresdener Tarifes dürfte genügen, um an Hand des Tarifs und des hier Gesagten in allen Kartonnagenorten in Beratungen über gleichlautende Forderungen einzutreten und überall in diesem Sinne an das Unternehmertum heranzutreten. Wenn das geschieht, dann kann schon in absehbarer Zeit der Reichstaxi in der Kartonnagenindustrie Wirklichkeit werden. Daß auch in Unternehmertumkreisen von mancher Seite auf den Reichstaxi gewartet wird, das geht auch deren Organ, die „Kartonnagen-Zeitung“. Der Reichstaxi ist auf dem Marsche, und je lauter er gefordert wird, desto früher und desto umfassender wird er zur Durchführung kommen. Terga.

**Graphischer Indultierverband. — Reichstaxi.**

Der Aufruf zum Verbandstag ist gegeben. Aus den reichhaltigen Punkten zu demselben könnte man ja vieles kritisch unter die Lupe nehmen, denn Material hat sich genügend angehäuft, aber es geht nun doch nicht an, alles reißlos zu zerplücken, denn die Zeit würde nicht reichen, einigermaßen Ordnung zu schaffen. Als wichtigstes Problem unseres Verbandstages sind unzweifelhaft die beiden Fragen: Graphischer Indultierverband und Reichstaxi anzuführen. Wer auch nur kurze Zeit als Funktionär des Verbandes tätig war, wird mir recht geben, daß beide Fragen durch die allgemeine Sachlage geradezu dringend der Lösung harren. Kollege

Behn-Kemisch greift diese wichtige Frage in Nr. 18 unserer Zeitung auf. Auch ich unterbreite seine Ausführungen und betone ganz besonders, daß wir in Köln und Düsseldorf bei allen Verhandlungen mit den Buchdruckerprinzipalen jederzeit den Standpunkt der Gleichberechtigung mit den Buchdruckern voll und ganz vertreten haben. Gegengründe anzuführen waren die Herren nicht in der Lage, da wir ja auch als gelernte Arbeiter in Betracht kommen. Daß wir fernerhin noch weiter als fünftes Rad am Wagen gelten sollen, muß aufhören. Derartige Zurücksetzungen sind mit der neuen Zeit unvereinbar. Die Geschichte der Jahrestellen Köln und Düsseldorf u. a. zeigt mit großer Deutlichkeit, welche Vorteile durch Zusammenschluß aller graphischen Verufe für uns und die anderen Verufe winteln. Und warum sollten wir zögern? Weil die Buchdrucker leider noch dieser wichtigen Frage wenig oder gar kein Verständnis entgegenbringen? Nein, deswegen wollen wir diese dringend nötige Verbindung aller graphischen Verufe nicht mehr beschieben, sondern unsere ganze Kraft für dieses Problem einsetzen. Der Verbandstag wird eine reiche Fülle von entsprechendem Material als auch diesbezügliche Anfragen zu seinen Verhandlungen erhalten, so daß der Verbandsvorstand einsehen muß, daß hier nicht nur Worte, sondern auch Taten folgen müssen.

Und nun erst die Hilfsarbeiter- und arbeiterinnenfrage. Auf diesem Gebiet sieht es noch viel schlimmer aus. In beiden Fragen sind die Unternehmer viel abgewiegelter als für die Gehilfenerschaft. Will man die Gehilfenerschaft in Zukunft den ihr zustehenden Rang behaupten, dann ist es selbstverständlich, daß auch die Hilfsarbeiter und arbeiterinnenfrage mitgelöst wird. Der Grundsatz soll und muß uns leiten, für gleiche Arbeiten gleiche Rechte, d. h. die mit nachweislicher Gehilfenarbeit Beschäftigten erhalten deren Lohn. Dieser immerwährende Zankapfel muß beseitigt werden, auch wenn dabei die größten Mittel angewendet werden müssen. Dieser haben es die Prinzipale vorzüglich verstanden, klare und übersichtliche Tarifvorstellungen für die beiden Kategorien zu verbinden. Von den Arbeiterinnen werden ganz bedeutende Leistungen verlangt, gar oftmals noch mehr als das. Da hat der Krieg durch den damaligen Gehilfenmangel große Schäden für uns gebracht, so daß meistens ein Unterschied zwischen Gehilfenarbeit und dem anderen Nebenarbeiten unseres Berufes nicht zu finden ist. Dieses System ist noch in die jetzige Zeit übernommen, so daß es schwer fällt, Front dagegen zu machen. Dazu imstande ist nur eine gute starke Organisation, die fest entschlossen jede Auswüchse im Beruf bekämpft. Selbstverständlich haben unsere Verbandsorgane das auch eingesehen und kommen in Ehren zum Verband, seine Hilfe suchend.

Vorstehendes zeigt die bringende Notwendigkeit des einheitlichen Vorgehens über das ganze Reich. Dann wird es auch keine Auswüchse mehr geben, die Inaktivität würde bedeutend erleichtert, und der Schmutzflorierung würden die Tore geschlossen. Schon ist diese Bahn betreten, die Reichstaxi der Textil-, Briefumschlag- und Zigarettenbranche sind genügend Beweis dafür. Offen wir, daß binnen kurzem auch unser Buchbindergewerbe den längst erhofften Reichstaxi erhält, der dann befestigt durch die Organisation seinen Segen allen Verbandsangehörigen zuteil werden läßt. Colonia.

**Die Stellung und Entschädigung der Kassierer unserer Zahlstellen.**

Erfreulicherweise hat mit der Rückkehr unserer Mitglieder aus dem Felde eine kräftige Stärkung unserer Organisation eingestiftet sowohl durch Neugründung vieler Zahlstellen als auch durch beachtenswerte Aufkäufe in der „Buchbinder-Zeitung“. Unsere Zahlstellenvorstände sind in erster Linie dazu berufen, am Neuaufbau und an den Verbesserungen des Verbandeslebens, gütendensprechend auch an Kassiererwesen mitzuwirken. Ich denke da an die persönliche Tätigkeit unserer Kassierer. Früher konnte jeder mit einigermaßen guter Schulbildung nach Feierabend in einigen Stunden oder Sonntags die Kassengeschäfte besorgen. Diese Verhältnisse treffen heute bei der überwiegenden Mehrheit unserer Zahlstellen nicht mehr zu. Dank der tüchtigen Leitung innerhalb der meisten Zahlstellen ist jetzt in den Vordergrund getreten die Entschädigungsfrage der Kassierer. Gemachte Arbeit harzt unserer Gewerkschaft und die Anforderungen, die heute an die Kassierer gestellt werden, sind wesentlich höher als früher. Wiederum gehen viele Kassierer ihren Ehrengeldern, ihre Kasse möglichst neuzeitlich auszustatten, Ehrlichkeit und Vertrauenswürdigkeit sind die ersten Vorbedingungen für das Amt, aber sie genügen nicht allein. Notwendig ist der feste Wille, sich selbst immer weiter



auszubilden und die Lücken des Wissens auszufüllen. Der Besuch von Unterweisungskursen sowie das eifrige Lesen von Fachzeitschriften und Anleitungsheften sind notwendig. All dieses aber setzt neben Lust und Liebe zur Sache im ganzen Verbandsleben auch einen entsprechenden Zeitverluft voraus, für vorgeschrittene Zahlstellen bei ehrenamtlicher Tätigkeit völlige Heberaufassung. Unsere Kassierer verdienen eine Anerkennung ihrer mühevollen und oft verdrießlichen Tätigkeit, ganz besonders, um ihre Arbeitsfreudigkeit zu erhalten. Sie haben nicht nur die Vierteljahresabrechnung fertigzustellen, sie müssen und sollen auch dafür Sorge tragen, daß das Meistantenwesen nicht überhand nimmt, im Rahmen des Kassierers Geistes überlassen lassen und erziehend wirken auf die Mitglieder und durch ihre ganze persönliche Tüchtigkeit die Kollegen und Kolleginnen zur Pflückerfüllung mahnen, zur pünktlichen Beitragszahlung anspornen. Die Aufwendungen an Zeit und Arbeit bedingen jedoch eine angemessene Entschädigung, ohne die der begeisterte und selbstlose Kassierer verärgert wird und in seinen Anstrengungen erlahmt.

Auf dem Verbandstag muß deshalb eine durchgreifende Menderung geschaffen werden, indem für die Kassierer unserer Zahlstellen, die 500 Mitglieder und mehr haben, Mittel bereitgestellt werden, um deren Arbeitsfreudigkeit zu erhalten. Nehme man Einnahmen und Ausgaben, Verbandskasse und Lokalkasse zusammen, so kam immer mit einem Jahresumsatz von 26 000 Mk. rechnen. Nicht mehr ehrenamtlich, sondern fest angestellt müssen die Kassierer unserer Zahlstellen sein, soweit mehr als 500 Mitglieder an einem Ort sind. Wir haben tüchtige langjährige Mitglieder — Kriegsinvaliden —, die für unseren Beruf nicht mehr als vollwertige Arbeitskräfte in Frage kommen. Mit dieser zeitgemäßen Aufgabe sollte sich der Verbandstag auch mal beschäftigen.

Köln. Marschall.

### Unser Verbandstag.

Es wird noch keinem Verbandstag so mit Spannung entgegengeesehen worden sein, als dem jetzigen. Seiner Bedeutung entsprechend kann man es nur voll und ganz unterstützen, was Kollege ehn-Berlin bezüglich der Delegiertenwahl verlangt. Es darf nicht sein, daß eine so große Zahl von Mitgliedern unvertreten ist, wenn das 4. Quartal 1918 als Grundblase bei der Delegiertenwahl angenommen wird. Den Delegierten muß dieses Mal reichlich Gelegenheit geboten werden, bezüglich der sogenannten Gewerkschaftspolitik ihre Meinung zu sagen. Es dürfte wohl wenige Mitglieder geben, die alles, was während des Krieges und ganz besonders seit der Revolution geschehen ist, gutheißen. Aber bei Beurteilung der Sache darf keinesfalls die parteipolitische Stellung der Führer ausschlaggebend sein. Es ist vielmehr streng objektiv zu prüfen, ob die Stellungnahme der Führer in dem einen oder andern Punkte für die Kollegenschaft zum Nutzen oder Schaden war. Nur so gelangen wir zu einem gerechten Urteil. Man muß auch dagegenhalten, welche Stellung die gesamte internationale organisierte Arbeiterchaft zu einer Frage einnahm. Schließlich alle Führer für Vertreter zu halten, finde ich ungerath. Jeder glaubte, im Interesse der Arbeiterchaft gehandelt zu haben.

Es wird vielfach das Niveau und die Haltung der „B.-Ztg.“ kritisiert. Das sachlich urteilende Mitglied aber wird zugeben, daß Inhalt und Tendenz der „B.-Ztg.“ seit der Rückkunft unseres Redakteurs uns wohl befriedigen können. Es sind in den letzten Monaten sehr gute Artikel erschienen, die man als vom neuen Geist getragen bezeichnen kann.

Zweifelsohne wird durch den Gewerkschaftsbewegung einziehen. Einen Auftakt hierzu gibt schon die Konferenz der Verbandsvorstände vom 25. April. Nur kann man verlangen, daß alle Gewerkschaftsangehörte, die eine führende Stelle bekleiden, von selbst ausscheiden, wenn sie glauben, innerlich mit den neuen Zielen nicht einverstanden zu sein! Nur wenn man überzeugt ist, kann man für eine Sache richtig wirken. Als Handwerk sollte ein Führerposten in der Arbeiterbewegung nicht betrachtet werden. Würden alle Führer ausscheiden, die innerlich nicht mit den Wünschen der Massen einverstanden sind, dann wären in der Arbeiterbewegung ganz andere Zustände als heute. Das muß auch einmal offen ausgesprochen werden.

Um aber der Bedeutung des kommenden Verbandstages entsprechend auch Erfolge zu erzielen, halte ich es für richtiger, man hält sich nicht allzu lange über die Vergangenheit auf, sondern richtet den Blick in die Zukunft. In praktischer Arbeit muß daran gegangen werden, das Nützliche zu schmieden, das wir der hohen Mitglieder-

zahl und dem kommenden wirtschaftlichen Kämpfen entsprechend brauchen. Als eine wichtige Frage halte ich die Beitragsfrage. Meiner Ansicht nach sollte der Staffelsbeitrag von 5 Beitragsklassen in einen solchen von 3 Klassen umgewandelt werden. Es ist heute kein Bedürfnis mehr für 5 Klassen vorhanden wie bei der Einführung. Bei dem niedrigen Geldwert spielen 10 Pfennig die Rolle nicht mehr wie feinerzeit. Zudem würden für die große Mehrzahl der Berufsangehörigen so große Verbesserungen erzielt, daß man wohl einen höheren Beitrag verlangen kann. Auch ist die Zahl der Mitglieder in den ersten 2 Klassen so minimal, daß man von einem Bedürfnis der beiden ersten Klassen nicht mehr sprechen kann. Die Einführung von 3 Klassen wäre eine große Erleichterung für die Kassierer. Verlangt kann aber auch werden, daß unseren Kolleginnen das Recht zusteht, in eine Klasse zu steuern, in der sie gegen Invalidentät versichert sind. Es kann kein überzeugendes Argument angeführt werden, warum die Kolleginnen von der Invalidentenunterstützung ausgeschlossen sein sollen. Wir sind doch für Gleichstellung beider Geschlechter. Also gehen wir diesen Grundsat in unserem Verband restlos durch.

Auch in organisatorischer Hinsicht muß etwas geschaffen werden. Man kann nicht immer sagen, daß wir beim Gaus, Zahlstellen- und Vertrauensmännertreffen bleiben müssen. Meiner Ansicht nach müßte endlich der langjährige Plan der Bezirks-einteilung mit besoldeten Bezirksleitern restlos durchgeführt werden, aber nicht mit Bezirken in der Größe wie seitler so manche. Mit der Gauseinteilung gehört aufgeräumt. Wo ein einheitliches Wirtschaftsgebiet vorhanden ist, könnten Bezirkszahlstellen errichtet werden. Neue Verhältnisse erfordern neue Maßnahmen. Ebenso müßte in den einzelnen Zahlstellen — wie in den großen schon durchgeführt — Branchenleitungen geschaffen werden. Alle wichtigen Branchen sollten dann beim Verbandsvorstand eine Vertretung durch besoldete oder auch unbesoldete Mitglieder haben. Diese hätten dann alle wichtigen Branchenangelegenheiten beim Verbandsvorstand zu vertreten.

Die seitherigen Gauleitertreffen erfreuen sich in Mitgliederkreisen keiner großen Beliebtheit. An deren Stelle könnte ein Verbandsbeirat treten. Dieser wäre von Mitgliedern aus allen Bezirken zu bilden und bei allen wichtigen Angelegenheiten zusammenzurufen. So wäre die Leitung des Verbandes auf eine breitere Grundlage gestellt und die Verantwortung für die Geschichte des Verbandes auf mehr Schultern verteilt.

Mit Recht wird allerjüngst Klage geführt, daß unser Agitationsmaterial nicht auf der Höhe der Zeit steht. Hier könnte man eine Stelle beim Verbandsvorstand schaffen, die alle Bewegungen im Wirtschaftsleben, Beruf usw. zu beobachten und das Material für Agitations- und Aufklärungszwecke wirksam zu verarbeiten hätte.

Dieses wäre ja noch anzuführen, aber ich glaube, mit meiner Anregungen Stoff zu reichlicher Debatte gegeben zu haben. Möge über alle Punkte ein lebhafter Meinungsaustausch in der „B.-Z.“ und auf dem Verbandstag eintreten. Mögen aber alle sich nur von dem Motiv leiten lassen, das Beste für den Verband zu wollen und nur das Gesamtinteresse der Kollegenschaft im Auge zu behalten. Man dürfte, wenn auch voraussichtlich die Gemüter aufeinander plagen, der kommende Verbandstag ein Markstein in der Geschichte des Verbandes werden. Nur wenn wir jedem Kollegen ehrliche Motive entgegenstellen, dann kann etwas Ersprießliches bei dem Kampf der Meinungen herauskommen. Alles für unser Wohl und das der allgemeinen Kollegenschaft. Karlsruhe. Fr. Huber-Winter.

### Berichte.

**Augsburg.** Durch den Umsturz ist auch die hiesige Kollegenschaft aus ihrem Traume erwacht, in dem sie seit Jahren befangen war. Trotz der Agitation von Haus zu Haus und von Werkstatt zu Werkstatt, die durch die Verwaltung vor dem Kriege betrieben wurde, war es nicht möglich, die Kollegenschaft unserer Berufsorganisation aufzuführen, um ihre tatsächlich schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Daß die Lohnverhältnisse in Augsburg verbesserungsbedürftig waren, wird bewiesen dadurch, daß im Januar 1919 die Löhne für Buchbinder zwischen 26 und 66 Mk. die Woche schwankten. Besonders inforce Innungsmeister standen, wie bekannt, mit dem Weggehen ihres Personals an letzter Stelle. Aber auch hier fing es zu dümmern an. Durch die Demotivierung wurden die meisten Kollegen ihrem Berufe wieder zugeführt. Als sie sich wieder zusammengefunden hatten, wurde sofort mit einer kräftigen Agitation unter Leitung unseres 1. Vorsitzenden, welcher in dieser Beziehung reiche Erfahrung hat, begonnen. Schon bei der ersten Betriebs-

versammlung hatten wir einen unerwarteten Erfolg zu verzeichnen, und kurze Zeit darauf hatten wir unsere Mitgliederzahl um das Dreifache erhöht.

In Augsburg ist nicht alles Gold, was glänzt, besonders in unserem Beruf nicht. Wir haben hier mit dem christlich-graphischen Zentralverband zu kämpfen, der uns gern Konkurrenz machen möchte und der ebenfalls in eine Agitation eintrat, jedoch ohne den Erfolg zu erzielen wie wir. Einige gibt es ja immer noch, die sich fangen lassen, trotzdem der graphische Zentralverband nicht in der Lage ist, selbstständig einen Tarif abzuschließen, sondern immer an uns herantritt, da wir mehr als das Doppelte an Mitgliedern zählen.

Nachdem die in Betracht kommenden Kollegen und Kolleginnen der Organisation zugeführt waren, wurde sofort mit der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse begonnen. Als erste Firma kam eine Limmeranstalt mit circa 60 Personen in Betracht. Diese Firma hatte noch nie mit Organisationen etwas zu tun, denn sie hat es in früheren Jahren verstanden, diese von ihrem Betrieb fernzuhalten. So hatten wir einen harten Stand. Unter Mißhilfe des Gauleiters Faust-München ist es gelungen, auch mit dieser Firma, die sich jetzt allerdings sehr zuvorkommend zeigte, fertig zu werden.

Nun haben wir noch zwei Sparten, mit denen Tarife abzuschließen sind, nämlich die Buchdruckerbesteller und die Buchbinder-Zwangseinnahme. Diese Herren haben sich anfänglich geweigert und runderba erklärt, daß sie mit der Organisation überhaupt nicht verhandeln. Es ist ja traurig, daß die Herren die neue Zeit noch nicht verstehen, besonders die Herren Buchdruckerbesteller. Diese betrachten die Buchbinder und deren Hilfspersonal immer noch als das fünfte Rad am Wagen und behandeln speziell die Buchbinder, welche als Papier- und Stiftenhändler arbeiten, nur als Hilfsarbeiter anstatt als Spezialarbeiter. Von der Buchbinder-Zwangseinnahme will ich nicht schreiben, denn diese Herren sind zum großen Teil so im Rückstand, daß es beschämend für etliche von ihnen sein müßte, wenn man ihr Tun und Treiben in der Öffentlichkeit bekanntgeben würde. Durch das energische Einschreiten der Ortsverwaltung ist es gelungen, die Herren zu Verhandlungen mit der Organisation zu bewegen. Doch wie zu erwarten war, konnte eine Einigkeit nicht erzielt werden, und so waren wir gezwungen, die Tarife dem Schlichtungsausschuß vorzulegen, der in den nächsten Tagen darüber verhandeln wird. Ueber die Tarife selbst und die Erfolge der Lohnbewegung soll in einer der nächsten Nummern etwas gesagt werden, doch steht heute schon fest, daß eine 40- bis 80prozent. Lohnhöhung herausgeholt wurde.

**Darmen-Eberfeld.** Das gesamte Buchbindereipersonal der Druckerei Sam. Lucas trat am 19. Mai in einen Streik ein. In einer am 8. Mai abgehaltenen Versammlung der Zahlstelle wurde aus der Mitte der Versammlung ein Antrag gestellt, an die Arbeitgeber mit erneuten Forderungen auf Lohnerhöhung heranzutreten, da die Löhne nicht mehr auskömmlich und im Verhältnis zu anderen Städten und anderen Berufen rückständig seien. Im Verfolg der dann gefassten Beschlüsse richtete die Verbandsleitung am 7. Mai ein Schreiben an den Arbeitgeberverband der Papierverarbeitungsindustrie des bergischen Industriebezirkles mit dem Antrag auf Verdoppelung der bisherigen vereinbarten Teuerungszulagen und dem Wunsch, über diesen Antrag eine Beratung herbeizuführen. Der Arbeitgeberverband lehnte diese Anträge ab und berief sich dabei auf den abgeschlossenen Tarif, der einzuhalten sei. In Verhandlungen wollte man dann eintreten, wenn eine Klärung der politischen und wirtschaftlichen Lage erfolgt sei. Die Arbeiterchaft steht aber auf dem Standpunkt, daß eine sofortige Hebung ihrer Notlage geboten ist, und daß die Klärung der gegenwärtigen politischen Lage noch lange dauern könne. Die wirtschaftliche Lage ist aber für die Arbeiterchaft vollkommen geklärt insofern, als sie mit ihrem gegenwärtigen Verdienst nicht auskommen kann. Es wurde daher am 15. Mai beschlossen, daß die Vertrauensleute bzw. Ausschüsse in den einzelnen Betrieben an die Arbeitgeber herantreten sollen mit dem Ersuchen, auf den Arbeitgeberverband einzuwirken, daß Verhandlungen stattfinden. In fast allen Betrieben erhielten die Arbeitervertreter die Auskunft, daß man zu Verhandlungen bereit sei und diese am 19. Mai stattfinden würden. Nur bei der Firma Sam. Lucas erhielten die Arbeitervertreter keine befriedigende Antwort. Herr Geschäftsführer Memann glaubte vielmehr, daß die Bewegung nur das Resultat von drei Geiern sei, hinter welchen die Arbeiter gar nicht stünden. Dieses verursachte die Erbitterung des Personals; es legte einmütig die Arbeit nieder. Inzwischen war vom Arbeitgeberverband eine Einladung zu einer Verhandlung für den 19. Mai erfolgt. Diese Sitzung blieb erfolglos und wurde auf

den 21. Mai vertagt mit der Begründung, daß erst bei der Firma Lucas die Arbeit aufzunehmen und damit der tarifliche Zustand wiederherzustellen sei. Eine vollständig besuchte Betriebsversammlung lehnte in geheimer Abstimmung dieses Ansinnen ab und beschloß, so lange im Ausstand zu verharren, bis die Lohnfrage geregelt sei. Es kam dabei zum Ausdruck, daß man gegenüber dem Herrn Betriebsleiter niemandem das größte Mißtrauen habe und ihn als den eigentlichen Scharfmacher ansehe.

Der Streit ist inzwischen bereits beendet. Es kam eine Einigung auf folgender Grundlagelage zustande: Der bestehende Tarifvertrag vom 24. Februar d. J. wird bis zum 30. Oktober d. J. verlängert. Die in diesem Vertrag vereinbarten Teuerungszulagen werden um 75 Proz. erhöht vom Beginn der Lohnwoche ab, in die der 21. Mai fällt. In Ergänzung des Vertrages vom 24. Februar wurde weiter vereinbart, daß Lohnföhrungen aus Anlaß dieses Abkommens nicht einwirken dürfen.

Die Kollegenschaft der Zahlstelle nahm in einer zahlreich besuchten Versammlung am 21. Mai diesen Vertrag an. Die Versammlung war vom besten Geiste befeelt, sie nahm das Referat des Kollegen Groenhoff sowie die Ausführungen der Diskussionsredner mit Aufmerksamkeit und Beifall entgegen. In der Diskussion wurde abschließend zum Ausdruck gebracht, daß die Organisation der einzige Rückhalt in dieser schweren Zeit ist.

Dresden. Am 15. Mai fand hier eine Versammlung der Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen zur Wechselseitigen über den Tarif statt. Der Versuch war ein solcher, wie ihn Dresden von den in den Kartonnagenbetrieben Beschäftigten allein noch nicht verzeichnen konnte. Er bewies, wie sehr die Arbeiterchaft auf den Abschluß des Tarifes gewartet hat. Lange gab in seiner Einleitung einen Bericht über die Verhandlungen mit dem Verband der Kartonnagenfabrikanten von Dresden. Die Verhandlungen, die sich sehr schwierig gestalteten und erst nach fünf Sitzungen zu einem Resultat führten, wurden von den Unternehmern mit dem Versuch eingeleitet, den eingereichten Entwurf beiseite zu schieben und auf Grund des 1912 abgeschlossenen aber ganz unzulässigen Tarifes zu verhandeln. Das konnte verhindert werden. Die Forderungen, die im wesentlichen dem mit den Zigarettenfabriken abgeschlossenen Tarif entsprachen, waren den Unternehmern zu großzügig und zu weitgehend. Durch den immer wiederholten Hinweis, daß es nicht angehen kann, daß für die gleichen Voraussetzungen zwei grundverschiedene Tarife in Kraft sind, gelang es, den Entwurf — der ohne Zweifel für die Arbeiterchaft in den Kartonnagenfabriken eine fortschrittliche Regelung des Arbeitsverhältnisses bringt — wenigstens in seinem Aufbau zur Annahme zu bringen. Allerdings gelang es nicht, alle Forderungen in bezug auf Entlohnung und Arbeitszeit aufrechtzuerhalten. Im Interesse der Tarifbewegung im Reich — der Dresdener Tarif wird als Grundlage für den Reichstarif empfohlen — glaubte die Kommission doch, das Erreichte zur Annahme empfehlen zu können und hoffte, daß die Kollegenschaft auch die Tatsache berücksichtigen wird, daß dieser Tarif eigentlich ein Erlösungswort ist. Denn der Tarif von 1912 kann nicht zu Vergleichen herangezogen werden. Besonderer Wert ist darauf zu legen, daß sich die Lohnverhältnisse erst einmal einheitlicher gestalten müssen, als dies bisher der Fall ist, und daß auch in bezug auf die Affordarbeit erst einmal wenigstens für eine Art von Kartonnagen ein Affordtarif zur Einführung kommt. Der Obmann der Kommission, Räßner, gab dann einen ins einzelne gehenden Bericht über die Bestimmungen des Tarifs, die er zur Verlesung brachte und erläuterte diese, soweit dies im Rahmen einer Versammlung möglich war. Besonders betonte er dabei die festgelegte Einstufung der Stundenlöhne, die solche für Lehrlinge, Hilfsarbeiter und Gehilfen, für lernende Tischarbeiterinnen, Hilfsarbeiterinnen und geübte Maschinenarbeiterinnen getrennt nach dem Alter bzw. der Berufstätigkeit vorliegt. Die Bestimmung, daß bei Einführung des Tarifs Mindesterhöhungen des Verdienstes — bei über 16 Jahren alten Arbeitern z. B. 7,50 M. — erfolgen müssen, laße hoffen, daß die Kollegenschaft den Vertrag ihre Zustimmung geben werde. Die erstmalige Einführung von Ferien in Höhe von 4-6 Tagen und manche andere Bestimmungen stellen Verbesserungen dar, die dem Verlangen der Arbeiterchaft entsprechen, auch wenn sie nicht in der Höhe der Forderungen durchgedrückt werden konnten. Den Affordtarif für Zigarettenfabrikanten, der in seinen Umrissen seit Jahren bekannt ist, konnte Räßner nicht mit seinen über 150 einzelnen Briefen zur Kenntnis bringen, aber an der Hand von Berechnungen stellte er fest, daß sich die Affordpreise für Zigarettenfabrikanten in der Mehrzahl der Betriebe erhöhen müssen und daß nur in einzelnen Fällen jetzt schon Preise gezahlt werden, die dem Tarif entsprechen oder darüber hinausgehen. Für diese gilt aber, daß keine Mäßigung des bisherigen Affordpreises erfolgen darf.

In der Debatte, die sich besonders deshalb nicht gut entwickelte, weil der Tarif noch nicht gedruckt vorlag, wurde nach einer Reihe Klärungen einzelner Punkte auch zum Ausdruck gebracht, daß das Unternehmertum vielleicht beruhen wird, die Vereinbarungen zu umgehen. Auch wurden Befürchtungen laut, daß der Tarif bei dem Löhnen, die festgesetzt sind, gar keine Verbesserungen bringen werde. Von der Kommission wurde dazu erklärt, daß Verbesserungen für die in Lohn Stehenden mindestens in der Höhe der festgelegten sofortigen Zulage erfolgen müssen und daß weiter die im Tarif vereinbarte Tarifkommission ihre Aufgabe darin erbilden wird, über die stritte Einhaltung der Vereinbarungen zu wachen und bei Verstößen dagegen jederzeit einzugreifen.

Folgende Resolution aus der Mitte der Versammlung wurde bei einer teilweise Stimmeneinhaltung mit folgendem Wortlaut angenommen:

„Die am 15. Mai jährlich verfallenden Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen aus allen Betrieben Dresdens nehmen den Bericht über die Tarifverhandlungen entgegen und erklären dazu, daß sie dem Vertrag ihre Zustimmung geben und mit allen Mitteln dafür einzutreten wollen, daß diese bestehenden Mindestforderungen auch allgemein zur Durchführung kommen. Sie geben aber ihrem Unwillen darüber Ausdruck, daß die Unternehmung nicht dem Verlangen nach Wochenlöhnen, Herabsetzung der Arbeitszeit auf 45 Stunden und der Befreiung der Affordarbeit für Männer nachkommen sind. Die Versammelten beauftragen die Kommission, durch weiteres Verhandeln die jetzt zurückgestellten Forderungen eventuell durch den Reichstarif zur Einführung zu bringen und verlangen, daß der Arbeiterchaft aus den Kartonnagenfabriken rechtzeitig Gelegenheit gegeben wird, Stellung dazu zu nehmen, ob der jetzt vereinbarte Tarif für den 1. Oktober d. J. zu kündigen ist.“

Erlangen. Da die Lohnverhältnisse hier nicht mehr im Einklang standen mit den teureren Lebensmitteln, sahen sich die hiesigen Kollegen und Kolleginnen in Gemeinschaft mit dem Sattler- und Portefeulienverband veranlaßt, an die Arbeitgeber mit einem Tarifentwurf heranzutreten. Als Grundlage diente der Dresdener Entwurf für die Kartonnagenindustrie. Die Arbeitgeberberechnung hatte zu den Verhandlungen zum ersten Male ihren Vorsitzenden, Herrn Löwenohn-Jürich, herangezogen. Von unserer Seite war Waulleiter Weinländer und vom Portefeulienverband Geyramm-Rürnberg anwesend. Von Unternehmerseite wurde der Vorschlag gemacht, von der Aufstellung und Durcharbeitung eines Tarifes abzusehen und nur eine Erhöhung der Löhne einzutreten zu lassen mit der Begründung, daß am 1. Juli jowie der Reichstarif für das Portefeulienhandwerk in Kraft treten wird, und sie gegungen sein werden, denselben anzuerkennen. Wir gingen auf diesen Vorschlag ein. Die Unternehmer verlangten nun, daß die Arbeitszeit von 48 Stunden auf 46 Stunden hinaufgeschraubt wird; dieses Ansinnen wurde nach lebhafter Auseinandersetzung dadurch entschieden, daß die 46stündige Arbeitszeit so lange bestehen bleibt, bis bei den anderen Branchen eine anderweitige Regelung erfolgt. Bemerkenswert ist eine Äußerung des Herrn Direktors Zahn der Firma Jucker, daß bei einer Umfrage bei seinen Arbeitern mindestens 70 Proz. für eine 45stündige Arbeitszeit zu haben wären. Nun, Herr Direktor Zahn hätte in der Versammlung, in der Bericht erstattet wurde, anwesend sein sollen, da hätte er die Empörung seiner Arbeiter zur Genüge studieren können, die eine solche Einschätzung ihrer Bestimmung auf schärfste zurückwies. Erreicht wurde eine 30prozentige Teuerungszulage, so daß dieselbe sich von 50 Proz. auf 80 Proz. erhöht. In der überfüllten Versammlung vom 15. Mai wurden die Zugehörnisse der Unternehmung als unannehmbar bezeichnet. Nur dem Umstande, daß die Unternehmer bei den Verhandlungen stritte erklärten, daß der am 1. Juli in Kraft tretende Reichstarif für sie bindend sein soll, haben sie es zu verdanken, daß die Vereinbarungen angenommen wurden. Um den Arbeitgebern ihre Unzufriedenheit zu beweisen, beschloß die Versammlung, folgenden Antrag anzunehmen: „Sollte bis 1. Juli kein Reichstarif in Kraft treten, so sieht sich die Arbeiterchaft genötigt, den zurückgezogenen Tarifentwurf den Unternehmern erneut zur Vorlage zu bringen.“

Frankfurt a. M.-Offenbach. Auch hier in Frankfurt hat die Revolution einen frischen Zug in unsere verbotenen Arbeitsstätten gebracht und der Frühlingswind hat einen Berg von Aufnahmescheinen ins Bureau geweht. So konnte Weg in unserer Generalversammlung die erfreuliche Mitteilung machen, daß wir jetzt 1000 Mitglieder zu verzeichnen haben, ein Resultat, das wir uns nie träumen ließen. Fast alle Betriebe sind vollständig organisiert. Dementsprechend waren auch unsere Erfolge. Hier, wie im Gau, waren unsere Lohnbewegungen von Erfolg und kleinere Städte, wie zum Beispiel Darmstadt, haben Groß-Frankfurt vorbildliche Tarife abge-

schlossen. Da ein großer Teil des Gaus besetzt ist, so konnte für die dortigen Kollegen leider nichts getan werden. Auch das ganze graphische Gewerbe marschiert. Neben einem graphischen Arbeitsnachweis haben wir es zu einer graphischen Teuerungszulagenbewegung gebracht, die auf die gleiche Ablehnung der Unternehmer mit einer einseitigen Arbeitsniederlegung antwortete. Es war ein in Frankfurt a. M. noch nie dagewesenes Bild, das ganze Papiergewerbe in seiner einheitlichen Zusammenfassung zu Stahl geworden auf den Straßen zum Versammlungsort ziehen zu sehen. Da konnten die Herren Unternehmer sogar die 30 M. für männliche und 20 M. für weibliche Berufsgenossen auf 14 Tage im voraus genehmigen. Der Chor unserer Schwäger sang nach dem schönen und schnellen Erfolg: „Das ist der Tag des Herrn“, als feierlichen Abschluß für die erste Kraftprobe des künftigen „Graphischen Verbandes“. Auch der Gedanke eines Reichstarifs hat hier Wurzel gefaßt und wird eifrig besprochen. Am 16. Mai wurde in einer Mitglieder-versammlung nachstehende Resolution angenommen:

„Die am 16. Mai tagende Mitglieder-versammlung erklärt sich für die Schaffung eines Reichstarifs mit entsprechenden Ortszulagen, ähnlich des Buchdrucker-tarifs. Doch muß das bisherige System der Stundenlohnberechnung fallen, an dessen Stelle, wie allgemein in der Provinz üblich, Wochenlöhne treten. Auch in der Frage der Affordarbeit erwartet die Versammlung, daß alles daran gesetzt wird, diese zu beseitigen und Wochenlohn an deren Stelle zu setzen. Betroffen doch gerade die niedrigen Stundenlöhne in den Tariforten Berlin, Leipzig, Stuttgart und München — besonders der Arbeiterinnen — die Schädlichkeit der Affordarbeit dadurch, daß in der Provinz immer auf deren niedrigen Sätze hingewiesen wird. Die Versammlung erwartet daher vom Verbandsvorstand und den Tarifvertretern des Reichstarifs, daß bei der Neuaufstellung des Tarifs auf diese Verhältnisse Rücksicht genommen wird.“

Gau II. Mit Kriegsausbruch war die sich bis dahin erfreuliche Weise stark gehobene Mitgliederzahl in den Provinzen Ost- und Westpreußen auf ein Viertel ihres Bestandes zusammenge-schmolzen. Damit war die gerade in den östlichen Provinzen recht mühselige Arbeit mehrerer Jahre vernichtet. Zwar hielten sich noch die drei Zahlstellen des Gaus, aber alle Verbindungen waren zerfallen, und nur noch und nach war es möglich, sieben Einzelmitglieder zu sammeln. Dingu kam, daß in fast allen Orten durch den Russeneinfall eine gewaltige Arbeitslosigkeit einsetzte. Insbesondere wurde hier von Königsberg betroffen, das durch Uebergang zu anderen Verufen seine sämtlichen weiblichen Mitglieder verlor. Die Geschäfte der Ortsverwaltung Königsberg mußten von der Gauverwaltung mit übernommen werden, und in Danzig wurden sie von dem Angestellten des Buchdrucker-hilfsarbeiterverbandes erledigt. Der Mitgliederbestand ging jedoch in der erst 1913 zum zweiten Male gegründeten Zahlstelle bis auf 5 zurück, so daß die Zahlstelle aufgelöst und die noch verbliebenen Mitglieder von der Gauverwaltung übernommen werden mußten. Trotz eifriger Bemühens war es während des Krieges nicht möglich, dort wieder neue Mitglieder zu gewinnen. Zwei Mitglieder wurden noch zum Deere eingezogen und drei mußten gestrichen werden, und damit war das Schicksal Danzigs besiegelt. Die Folge davon waren die unlängst dort festgestellten erbärmlichen Löhne. Erst den seit wenigen Wochen gemachten Anstrengungen ist es gelungen, den größten Teil aller am Orte arbeitenden Berufsgenossen wieder zu gewinnen und die Zahlstelle wieder neu erstehen zu lassen. Ihr gehören zurzeit 30 männliche und über 60 weibliche Mitglieder an. Die weitere Arbeit dort muß ein strafferes Zusammengehörigkeitsgefühl und ein regeres Verbandsleben zum Ziele haben. Beides zu fördern wird Aufgabe der neuen Verwaltung sein. Von der nächstjährigen Zahlstelle des Reiches, Tilsit, ist Besonderes nicht zu berichten.

Im Gauort Königsberg können wir mit einer gewissen Befriedigung auf die Vergangenheit und mit neuen Hoffnungen in die Zukunft blicken. Es ist hier, allen Schwierigkeiten trotzend, gelungen, den jeweiligen Verhältnissen entsprechend auf der Höhe zu bleiben. Nachdem das Jahr 1915 ohne nennenswerte Ereignisse vorübergegangen war, sah sich die Geschäftsstelle im Frühjahr 1916 gezwungen, eine Lohnbewegung einzuleiten. Es gelang in einem Teil der größten Buchdrucker-eien die Kolleginnen zu organisieren, auch die Buchdrucker-hilfsarbeiterinnen. Die erreichten Zugeständnisse beschränkten jedoch in keiner Weise und so wurde im November eine weitere Bewegung mit gleichem Erfolge geführt. Die gewonnenen Mitglieder gingen jedoch zum größten Teil wieder verloren. Im Februar 1917 wurde abermals versucht, die Berufsgenossen zu sammeln. Auch diesmal glückte es nicht, gerade in den maßgebendsten Betrieben die Leute zu gewinnen. Die eingeleitete



Leuerungszulagenbewegung vollzog sich, von den Maßnahmen der Militärbehörden und der Polizei unterbrochen, im drei Abschnitten, und konnten im März, August und November ganz erfreuliche Erfolge verbucht werden. Leider waren mit dem letzten Erfolge auch die weiblichen Mitglieder bis auf einen Vertrieb wieder verloren. Die Hoffnung, daß unser Verbandsleben allmählich nicht nur wieder auf die alte Höhe, sondern weit darüber hinausgeführt werden wird, hat nicht lange auf sich warten lassen. Der Umsturz kam und mit ihm neues Leben. Der Buchdruckerhilfsarbeiterverband entstand wieder. Seiner rührigen Agitation gelang es, in fast allen Betrieben Mitglieder zu gewinnen und in eine Lohnbewegung einzutreten. Den Anlaß gaben die Buchdrucker, die eine weitere Erhöhung der Leuerungszulagen verlangten. Diesem Vorgehen schloß sich auch die hiesige Verwaltung an. Nege Agitation zeitigte auch bei uns über 100 neue Mitglieder. Betriebe, die nie zu gewinnen waren, schlossen sich der Bewegung an. Nur der zweitgrößte Betrieb, die „Parungische Zeitung“, steht heute noch abseits. Durch Vermittlung des Schlichtungsausschusses kam eine Einigung zustande. Den Buchdruckern wurden 15 M., den Hilfsarbeitern 12 M. und den Hilfsarbeiterinnen 7,50 M. auf die bisherigen Leuerungszulagen gewährt. Die Buchdrucker erhielten ebenfalls 15 M. Der Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins steht einem Tarifverhältnis mit dem Buchbinderverband am Orte ablehnend gegenüber. Er war nur stets bereit, den Buchbindern die gleichen Sätze zu zahlen, die die Buchdrucker erhalten. Wir dürfen wohl annehmen, daß es von allen Druckerbuchbindern im Reich als ein erstrebenswertes Ziel anerkannt wird, die gleichen Bezüge wie die Buchdrucker zu erhalten. Die Höhe schwankt hier zwischen 75 und 96 M., die der Kolleginnen zwischen 35 und 48 M. Nachdem nun auch diese Bewegung einen glücklichen Verlauf genommen und auch fast alle im Felde gewesenen Mitglieder wieder zur Organisation zurückgeführt sind, bestand für den Gauvorstand keine Veranlassung mehr, die Geschäfte der Zahlstelle allein weiterzuführen. Es ist nun ein neuer Vorstand in Wirksamkeit getreten, dessen wichtigste Aufgabe es sein wird, das Erzeugnis zu halten und zu verbessern, wogu es dringend der nicht zu erlassenden Mitarbeit aller Kollegen und Kolleginnen bedarf. Große und schwere Aufgaben in den Provinzorten harren nun nach der Gauverwaltung. In mehr als 30 Städten sind noch Berufsangehörige vorhanden, die als Mitglieder gewonnen werden müssen. Will es doch, zu verhindern, daß die Existenz der Kollegen und Kolleginnen schwer bedrückenden Folgen des Krieges lediglich auf ihre Schultern gelegt werden. Viel Arbeit liegt uns da noch ob, und alle Kraft müssen wir daran setzen, hier durchzugreifen. In Kürze hoffen wir, von weiteren Fortschritten berichten zu können, falls nicht die politischen Ereignisse, in deren Brennpunkten wir mit leben, unsere getrossenen Dispositionen über den Gaußen werfen.

**Gießen-Wehlar.** Im Anschluß an die Neugründung der Zahlstelle wurde beschlossen, zwecks Verbesserung der Löhne mit Forderungen an die Prinzipale heranzutreten. Da die Antwort derselben sehr lange und teilweise ganz ausblieb, kam es zur Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß. Während die Frage für Gießen ungenügend gelöst wurde, kam es auch in Wehlar zunächst nicht zum Abschluß. Jedoch erreichten wir bei einer später stattgefundenen gemeinsamen Sitzung unser Ziel. Die Löhne haben sich im Durchschnitt um 50 Proz. erhöht. Die am 11. Mai stattgefundenen Generalversammlung beschloß, in Gießen mit neuen Forderungen aufzuwarten, um auch hier einen kleinen Ausgleich zur heutigen Leuerung zu schaffen. Vor allem verdient das Verhalten der Verlagbuchhandlung Emil Roth in Gießen öffentlich gekennzeichnet zu werden. Diese Firma bietet einem Kollegen den horrenden Lohn von 95 M. an, der bisher im hiesigen Bezirk schon 60 M. verdient hatte und nur wegen Arbeitsmangels keine Stelle verlassen mußte. Weiter wurde die Erhöhung der Lohnteilsträge um 10 Pf. beschlossen. Unser heutiger Mitgliederbestand ist auf 29 Kollegen gestiegen, gegenüber 14—18 vor dem Kriege.

**Hamburg-Altona.** Die Versammlung vom 17. Mai befaßte sich mit der Beratung der Anträge zum Verbandstag. Brunow erfaßte den Bericht der Kommission, die sich mit der Revision des Verbandsstatuts beschäftigte. Das Wichtigste bildete die Vorlage zur Einführung eines Mitgliederzuschusses, bei dem Verbandsmitgliedern einen größeren Einfluß auf die Gestaltung des Verbandslebens einräumen soll. Ferner schlägt die Kommission eine Reihe Änderungen im Statut vor, die sich notwendig gemacht haben und denen sich der Verbandstag nicht verschließen dürfte. Aus der Versammlung kamen außerdem noch Anträge, die die Veränderung

des Titels des Verbandes, Beseitigung der Affordarbeit, Einführung eines Reichstaxifs, Abgrenzung der Männer- und Frauenarbeit und Schaffung des Industrieverbandes zum Ziel haben. Sämtliche Anträge wurden von der Versammlung unterstützt. Krüger berichtete sodann über die Antworten der Arbeitgeberverbände auf unser Schreiben, das die Erhöhung der Löhne forderte, wie die letzte Versammlung beantragt hatte. Verhandlungsbereitschaft ist vorhanden, wenn auch Befremden bei den Arbeitgebern zum Ausdruck kam, daß noch vor Ablauf des am 1. April in Kraft getretenen Tarifs neue Forderungen kommen. Die Versammlung ließ diesen Einwand nicht gelten; es kam in dieser unsicheren Zeit keine dauernde Bindung an einen Tarif geben, weil die Leuerung fast von Tag zu Tag zunehme. Krüger forderte die Versammelten auf, vollzählig zur Stelle zu sein, wenn die Organisation sie rufen sollte. Frau Neuling führte aus, daß sie von der Firma Meyer u. Hinrichs entlassen sei, weil sie sich gegen die Verrichtung von Schiffenarbeit wehrte, ein Zustand, der in diesem Betriebe gang und gäbe ist. Schuld an diesem Mißstand tragen nicht zum wenigsten die dort beschäftigten Kolleginnen, die die größte Interessenlosigkeit dem Verbands gegenüber an den Tag legen. Die Ausführungen erregten lebhafteste Entrüstung in der Versammlung, zumal die Arbeitslosigkeit unter den Kollegen sehr groß ist. Zum mindesten könne man verlangen, daß den Kolleginnen, die Schiffenarbeit verrichten müssen, auch der Schiffenlohn gezahlt werde. Schabbe trat für Gleichstellung unserer Löhne mit denen der Buchdrucker ein.

**Kiel.** In der Monatsversammlung vom 15. Mai hielt Kollege Kubert einen interessanten Vortrag über „Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Kämpfe“. Eingehend schilderte er die Entstehung der Gewerkschaften von den Gesellenverbänden bis zur heutigen Zeit und die jähren Kämpfe, welche notwendig waren, um Forderungen auf Gleichberechtigung, Arbeiterschutz und Arbeitszeit durchzudrücken. Ist es doch unsern alten Kämpfern nicht leicht gemacht worden, dem Weg für uns zu ebnen. Mit Stolz können unsere alten Kämpfer auf ihre Arbeit zurückblicken, wenn sie heute unsere Gewerkschaften betrachten. Zu recht erregte Debatte kam es darauf bei der Aussprache über die vom Kieler Lohnrat beschlossene Lohn-erhöhung. Obgleich die Bekanntmachung des Lohnantes gesellschaftliche Kraft hat, haben es zahlreiche Arbeitgeber unterlassen, die Lohnerrhöhung auszuführen, oftmals mit der Ausrede, sie hätten die Bekanntmachung nicht gelesen. Andere Kollegen, die wegen der Lohnerrhöhung vorstellig wurden, sind recht ungenügend angefahren worden. Die Versammlung war einmütig der Ansicht, daß es den Arbeitgebern zu Gemüte geführt werden muß, sich den heutigen Verhältnissen anzupassen. Ferner wurde scharf gerügt, daß verschiedene Arbeitgeber, um billige Arbeit herzustellen, jetzt Schiffenarbeit von Mädchen herstellen lassen. Hier ist es notwendig, mit den Arbeitgebern gemeinsam vorzugehen, um denartige Auswüchse zu beseitigen, denn für Schiffenarbeit gibt es auch Geschichtslöhne. Die darauf angeragte Debatte über die Zusammenfassung sämtlicher Buchbinderbetriebe der Marinebetriebe auf der Reichswerft konnte wegen eingetretener Polizeistunde nicht zu Ende geführt werden.

**Köln.** Unsere Generalversammlung fand am 14. Mai bei recht gut besetztem Lokale statt. Der Geschäfts- und Kassenbericht ließ erkennen, daß auch in unserer Zahlstelle neues Leben eingelebt ist, was vor allem in den immer noch steigenden Mitgliederzahlen zum Ausdruck kommt. 500 Mitglieder sind bald erreicht. Dann berichteten Zimmermann und Dechant über die am 6. Mai stattgefundenen Verhandlungen mit den Kartonnagenfabrikanten. Nach längerer lebhafter Aussprache lehnten die Versammlung einmütig die getroffenen Vereinbarungen ab, da festgestellt wurde, daß einige Kartonnagenbetriebe die Auszahlung der Leuerungszulagen nicht den Verhandlungen gemäß, sondern willkürlich bei ihrem Personal vornahmen. Der Vorstand wurde beauftragt, dem Schlichtungsausschuß das gesamte Material zu überreichen, um dadurch dem berechtigten Verlangen der Berufsangehörigen in der Kartonnagenindustrie nachzukommen. Die Herren haben es sich selbst und ihrem willkürlichen Treiben anzuschreiben, wenn ihre Arbeiter und Arbeiterinnen zu ihnen kein Vertrauen mehr haben. Vier Jahre haben die Kartonnagen, leider sei es gesagt, sich alles Gutes lassen. Sie wollen nun endlich Menschen sein und fordern eine menschenwürdige Existenz. Mercks sind die Kartonnagen tätig, um ihre noch recht rückständigen Arbeitsverhältnisse zu verbessern und vorfristig festzulegen. Darum rufen wir nochmals allen Kölner Kartonnagen zu: Nützt die Zeit, seid einig und geschlossen, damit ihr alle Gemeinisse bewirkt und zu dem Ziele gelangt, das freier Menschen würdig ist!

**Leipzig.** Die Kolleginnen und Kollegen in den Leipziger Buchbindereien haben in Branchenversammlungen und einer öffentlichen Versammlung das Für und Gegen der Abschaffung der Affordarbeit erörtert. In der darauf folgenden Abstimmung am 12. Mai haben sich 4589 Berufsangehörige beteiligt. Es wurden abgegeben 3923 (86 Proz.) Stimmen für Abschaffung der Affordarbeit, 636 (14 Proz.) Stimmen für Beibehaltung derselben. Unbeschriebene Stimmzettel wurden 20, ungültige 10 abgegeben.

**Rundschau.**

Der **Gewerkschaftskongress** wird jetzt durch folgende Publikation der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands offiziell einberufen:

**36. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands** Montag, den 30. Juni 1919, in Nürnberg im Saalbau des Industrie- und Kulturvereins, Frauenorchester 49.

Als **Tagessordnung** ist vorläufig vorgesehen:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate.)
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Berichterstatter: E. Legien-Berlin.
3. Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften. Die Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte. Berichterstatter: Th. Veipart-Berlin.
4. Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands. Berichterstatter: A. Cohen-Berlin.
5. Die Satzungen des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“. Berichterstatter: Th. Veipart-Berlin.
6. Gewerkschaftliche Unterrichtskurse. Berichterstatter: J. Sassenbad-Berlin.
7. Die Sozialisierung der Industrie. Berichterstatter: P. Umbreit-Berlin. Landwirtschaftliche Produktion und Ansiedlung. Berichterstatter: G. Schmidt-Berlin.
8. Regelung des Beschlagnahmewesens. Berichterstatter: J. Sassenbad-Berlin.
9. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Der Kongress wird am 30. Juni 1919, vormittags 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschließlich 6. Juli tagen.

**Dr. G. D. Feiertunden.** Einer der größten Schäden, die der Kapitalismus der Menschheit gebracht hat, ist der, daß er ihr so lange Jahre die Feiertunden geraubt hat. Nichts als ein Heben und Zagen nach Gold erfüllt die Welt. Die Sucht nach Gewinn leidet das ganze Fühlen und Denken der Besthenden, und dieser Kampf der kapitalistischen Klasse um das Geld nimmt auch das wertvollste Volk ganz in Anspruch, raubt ihm seine Arbeitskraft und sucht es zu Arbeitsknecht zu machen, deren Leben nichts als die Arbeit des Berufs erfüllt.

Wie einseitig ist solch ein Leben, um nichts anderes als um den Gewinn und das tägliche Brot. Der Mensch hat auch Geist und Seele, und ein Verbrechen an diesen höchsten menschlichen Gütern ist es, wenn man sie vernachlässigt oder gar unterdrückt. Feiertunden hat der Mensch nötig, Stunden, in denen er frei von Arbeit und wirtschaftlicher Not seinem Geiste und Herzen Befriedigung beschafft.

Einen Tag in der Woche zu haben, an dem man sich selbst leben kann, das genügt nicht. Je mehr Geist und je mehr Seele der Mensch hat, um so mehr bedarf er täglich der Feiertunden. Unnatürlich ist es, diese vorhandenen Werte unbeachtet zu lassen. Wie hat ein Tag volles befriedigendes Glück gebracht, wenn das denkende Hirn und das schmerzende Herz nicht ihre Feiertunden gehabt haben. Und darum haben wir so lange gekämpft um die Verkürzung der Arbeitszeit, damit der Mensch nicht ganz ausgebraucht werde von der Berufsarbeit und damit er Zeit und Stimmung habe zur Feiertunde. Ja, die Feiertunde ist mindestens ebenso wichtig wie die Arbeit, und oft hat sie für die Entwicklung sogar einen größeren Wert als das Wirken des Tages.

Auch in der Arbeit des Alltags sieht der Mensch zwar die Zusammenhänge der Welt, erkennt er die Unmoralität, fühlt er all die Ungerechtigkeit des Lebens, doch sieht er sie hierbei nur oberflächlich. Erst in den Feiertunden hat

der Mensch die Ruhe, tiefer einzudringen in das Leben, und wenn er schon im Verufe als den Kern alles Glends den Kapitalismus erkannt hat, dann dringt er in den Feierstunden ein in all die tiefsten Schönheiten einer natürlichen Arbeitswelt. Wenn man dabei in Büchern oder bei den Seinen oder draußen in der freien Natur in Feierstimmung das Leben betrachtet, dann sieht man so recht, wie der kapitalistische Geist jede tiefere Schönheit geraubt hat und wie das, was man heute schon und süßlich nennt, nichts ist als Lug und Trug im Dienste des Kapitals. Erst wenn der Mensch wirtschaftlich frei ist, dann kann der Charakter gedeihen, der stolze Mut, das freie Wort. Erst wenn der Allgemeinheit alles Streben gilt, kommt auch die Schönheit im Leben zu ihrem Recht, die ästhetische Kultur. Ja, wenn frei von persönlichem Eigennutz, das Ganze für das Ganze lebt, erst dann ist auch die Liebe möglich, diejer höchste und edelste Menschewert.

Das alles zeigen uns die Feierstunden. In die tiefsten Tiefen menschlichen Fühlens und Denkens lassen sie uns eindringen, und so wirken sie vertiefend und verinnerlichend auf unsere Anschauung. Darum können wir auch wahre Feierstunden nicht genießen ohne das treue Gedenken des gewerkschaftlichen Kampfes, der sie errungen hat, und der sie sicher durch die gewaltige Kraft seiner Kämpferzahl.

### Abrechnung

vom Streik des graphischen Gewerbes in Düsseldorf (8. April bis 12. April 1910).

Einnahme	2000,— M.
Von den laufenden Mitgliederbeiträgen verwendet	897,04
Gesamteinnahme	2897,04 M.

Ausgabe.		Hauptkaffe
Streikunterstützung an		
69 verheiratete Arbeiter	1245,—	M.
31 ledige Arbeiter	457,—	"
94 Arbeiterinnen	641,50	"
Unterstützung für 102 Kinder	163,—	"
für Flugblätter und Inserate	128,50	"
für Porto und Schreibmaterial	6,50	"
für statistische Fragebogen	118,50	"
Entschädigung für Sitzungen	14,—	"
bei Streikbureaus	30,—	"
bei Verhandlungen	49,50	"
für entgangenen Arbeitsverdienst	46,94	"
Gesamtausgabe	2897,04	M.

L. Dreger, Kassierer. S. Müller, 1. Vorz. Wehber, Revisor.

### Abrechnungen

vom 1. Quartal gingen weiter bis zum 26. Mai bei der Verbandskasse ein: Von Stettin mit 150 M., Gau 4 —, M., Erfurt —, M., Gau 10 1200,31 M., Barmen-Eberfeld 1300 M., Aöln —, M., Freiburg —, M., Heilbronn 1000 M., Stuttgart 5000 M., Gau 16 —, M., Nürnberg-Kürth 200 M., Gau 17 —, M. und von München mit —, M.

Die Abrechnungen stehen noch aus: Von Gau 2, Weiskensfeld, Krefeld, M. Gladbach, Gau 11/13, Frankfurt a. M., Offenbach, Hanau, Mannheim-Ludwigshafen und Straßburg. E. Hauelsen.

### Briefkasten

Zurückgestellt infolge Raummangels wurden: Zum Verbandstag. — Aufgaben unseres Verbandstages. — Zum Verbandstag. — Aus unserem Veruf. — Bericht von Lindenwalde. An unsere Berichterstatter und Schriftführer! Infolge der bevorstehenden Festtag muß Nr. 25 der „Buchbinder-Zeitung“ vom 15. Juni einen Tag früher

abgeschlossen werden. Für diese Nummer bestimmte Einwendungen müssen am 7. Juni in unserm Beih sein, wenn sie in Nr. 25 noch Aufnahme finden sollen.

### Literarisches.

Die Berliner Fätsche. Unter diesem Titel sind die Beratungen der Verfassenden Preussischen Landesversammlung über den Antrag Hoffmann auf Aufhebung des Standrechts und des Belagerungszustandes erschienen. Als Anhang ist die Erklärung des Ministerpräsidenten Paul Hirsch über das Programm der preussischen Regierung (25. März) abgedruckt. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 3 M.

Die Kriegskriegern von 1918. Unter diesem Titel ist eine Schrift herausgegeben, die in klarer Weise das letzte Steuerprogramm des alten Regimes zusammenfassend beleuchtet. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 4 M.

„Die Stimme aus dem Grabe“ betitelt sich eine Schrift, die eine kleine Sammlung aus den Reden und Aufsätzen des großen Führers der Internationale, Jean Jaurès, bringt. Der Verfasser schildert Jaurès Leben und Wirken als einen ständigen und furchtlosen Kampf gegen die französische Revandee und für die Befreiung Deutschlands und Frankreichs — ein Kampf, der ihm schließlich das Leben kostete. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 1,50 M.

„In Freien Stunden“, Heft 34 dieser illustrierten Wochenchrift, die ihren Lesern dauernd gute Unterhaltungsliteratur vermittelt, beginnt die Novelle „Eine“ von Ernst Wichert — eine Erzählung, die fesselnde Aufschlüsse über das eigenartige litauische Bauernum gibt und ein nicht alltägliches Frauenchicksal entrollt. Wöchentlich erscheint ein Heft für 20 Pf. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Deutschland nach dem Frieden. Wirtschaftspolitisches zu den Versailler Bedingungen. Von Gg. C. Graf. Preis 20 Pf. Verlag der „Freiheit“, Berlin 22. 6.

### Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin **Hedwig Ferhau** am 15. Mai nach langer Krankheit gestorben ist. Ehre ihrem Andenken. Die Ortsverwaltung.

### Nachruf.

Am 18. Mai verstarb unsere verehrte Kollegin **Fr. Elise Schmidt**. Wir werden ihr Andenken in Ehren halten. Die Kollegen der Buchbinderei **W. Stellung Wunder** der Firma **Siemens & Halske, Wernertwerf**.

### Zahlstelle Pforzheim.

Am 18. Mai verschied nach längerem schweren Leiden unser Kollege und langjähriges Auskühnmitglied **Fritz Bender** aus Stuttgart im Alter von 88 Jahren an Lungenerleiden. Während seiner 20 jährigen Mitgliedschaft war er ein treuer Opferfreudiger Kollege, der stets die Interessen unseres Verbandes hochhielt. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Die Ortsverwaltung.

Am 5. Mai starb nach kurzer Krankheit unser langjähriger Mitarbeiter, der Buchbinder **Richard Fritsche** im 88. Lebensjahre. Sein kollegialer Sinn und seine stete Hilfsbereitschaft sichern ihm ein bleibendes Andenken. Das technische Personal der **Otto Glöner N. G. Berlin**.

Insermenten Zahlstellengründer u. langjährig. Zahlstellenkassierer Kollegen **Hob. Nagel** zu seinem 25 jährigen Verbandsjubiläum herzlichsten Glückwünsche. **Zahlstelle Glogau.**

Insermenten Kollegen **Theodor Schargott** und **Brant Jul. Martha Meyer** zur Verlobung die herzlichsten Glückwünsche. **Zahlstelle Frankfurt-Oder.**

Insermenten Kollegen **Anna Volkstraß** zur Vermählung mit Herrn **Zimmermann** die herzlichsten Glückwünsche. **Zahlstelle Frankfurt-Oder.**

### Magdeburg

Büchhaus im Stadtzentrum mit Buchbinderei, Kartonagen- und Kontobücherfabrik (alles eingeführtes Geschäft) altershalber sehr günstig zu verkaufen. Anzahlung 25 000 M. Anfr. unter **N. 5. 2655 an Oasenstein & Vogler N. G., Magdeburg.**

### Messel

in Säbchen, auf Wunsch beliebig gefärbt, für Fabrikationszwecke ev. aufgetrennt ca. 26/20 mal 32/38 cm groß, offerieren **Vereinigte Sack- & Tute-warenfabriken G. m. b. H.** Berlin N. O. 55, Greifswalder Str. 80. Tel.: Amt Königstadt 2061, 2062.

## Bekanntmachung. Berlin.

Unsere Mitgliedern zur Kenntnis, daß zwei neue Zahlstellen eröffnet worden sind:

**Charlottenburg (Volkshaus), bei Jarius, Köllnische Straße 4.**  
**Berlin (Moabit) bei Petermann, Havelberger Straße 15.**

Beiträge können dortselbst zu jeder Zeit entrichtet werden. Ausgabe der „Buchbinder-Zeitung“. Die Ortsverwaltung.

Deutschlands Industrien und Deutschlands Handel kleben nur noch mit

## Wiril Klebstoffen

(D. R. P. a.)

### Glänzende Begutachtungen.

Lieferanten für Heeresverwaltungen, Behörden, Rüstungs- und kriegswichtige Betriebe etc. etc.

Muster mit Angabe der Verwendungsart von 5 Kg. gern zu Diensten. **Chemisch-technische Werke Willybald Richter**

Leipzig, Querstrasse 4—6, Telefon 3049.

Telegramm-Adresse: Wirilwerke.

Zur Messe: Leipzig, Zeisighaus, I. Obergeschoß Stand 74-76. Deutsche Schuh- und Leder-Messe, Leipzig, Halle D, Stand 310/11.

## Anzeigen finden nur Aufnahme, wenn der Betrag eingesandt ist.